

# Hartz IV

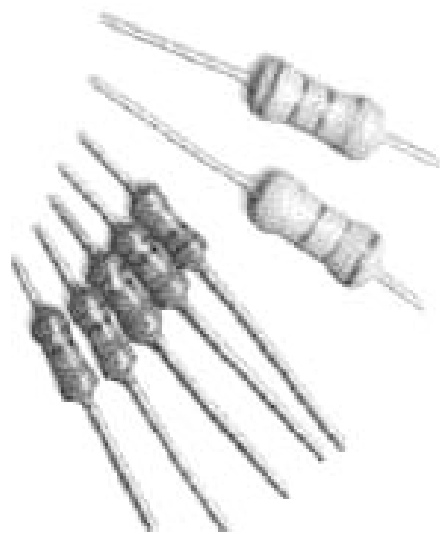
---

## Prekarisierung

## Aneignung

## Globale Soziale Rechte

## Reader



Hartz IV stoppen!.....	2
Seeck & Hoch: Verelendungsprogramm durch Hartz IV .....	3
Pühl & Wöhl: Hartzschrittmarker IV .....	6
Precarias a la deriva: Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit ....	9
Arranca! & BUKO: Aneignung – Anmerkungen zu einem ambivalenten Konzept .....	12
Medico: Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität .....	16
Roth: Der Sozialkahltschlag: Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten .....	20

Ein Reader der sich konstituierenden attac-Prekarisierungs-Kampagne, bisher bestehend aus AktivistInnen von attac campus FU und HU und der Berliner attac PG „Agenda 2010“. August 2004.

## **Hartz IV stoppen!**

Im Januar 2005 wird es so weit sein: 2,3 Millionen Menschen werden die Auswirkungen unmittelbar zu spüren bekommen. Es geht um „Hartz IV“, den Teil des Gesetzespackets der Bundesregierung zur neoliberalen Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, der Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenlegt. Neben den unmittelbaren Auswirkungen von Hartz IV, die in dem Artikel von Seeck und Hoch beschrieben werden, sind wir alle von den disziplinierenden Implikationen des Umbaus des fordistischen Sozialstaats zu omnipräsenter postfordistischer Prekarität betroffen. Für uns bedeutet das, dass wir immer weniger Bürgernmenschen mit sozialen Rechten sind, und immer mehr auf kleine, funktionale Rädchen im Motor der totalen Entrechtung, Disziplinierung und Enteignung reduziert werden. Im Text von Pühl und Wöhl, die besonders die Konsequenzen für Frauen betonen, und im Text der Gruppe Precarias a la deriva aus Barcelona werden diese Aspekte, die Totalität der Prekarisierung, deutlich. Angesichts der Schärfe dieses neoliberalen Angriffs ist unserer Meinung nach eine rein staatsappellative Kampagne nicht ausreichend. Wir werden die Einparteienherrschaft der neoliberalen Hegemonie weder mit Latsch-Demos, noch mit Lobbyismus dazu bewegen können, Macht abzugeben und auf ihre Interessen zu verzichten. Der Enteignung und damit einhergehenden Individualisierung/ Entmenschlichung setzen wir Strategien kollektiver Aneignungspraxen entgegen (vgl. Arranca! & Buko-Text). Wir haben alle das Recht auf ein schönes Leben und die Befriedigung von Bedürfnissen, die über die reine Lebenserhaltung hinausgehen, perspektivisch schlagen wir für die Diskussion den Begriff der „Globalen Sozialen Rechte“, wie im Text von Medico International ausgeführt, vor. Über die globale Perspektive unseres Problems gibt der Text von Roth einen guten Überblick. Aber nicht nur das Problem stellt sich weltweit, auch der Widerstand hat sich im Zuge der Bewegung der Bewegungen globalisiert. Insofern können wir für unsere lokalen Kämpfe, wie gegen Hartz IV an internationale Diskussionen und Erfahrungen, wie der Piqueteros (Langzeit-Erwerbslose) in Argentinien, anknüpfen.

Wir hoffen, mit den hier vorgeschlagenen Begriffen Prekarisierung, Aneignung und Globale Soziale Rechte, einen Diskussionsprozess in Attac voranzutreiben, der uns die Möglichkeit bietet, unsere Probleme zu benennen und emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln – und in diesem Sinne Hartz IV zu stoppen.

Kontakt zur Kampagne: paul@buntzel.de  
Bild auf der Titelseite: elektronische „Widerstände“

# Seeck & Hoch: Verelendungsprogramm durch Hartz IV

Von Anne Seeck/Dieter Hoch, Initiative anders arbeiten  
Berlin, den 02.07.2004

Massenverarmung und Entmündigung der Erwerbslosen sind die absehbaren Folgen von Hartz IV. Über die Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Von Aktivisten der Initiative »Anders arbeiten« (Artikel in der Jungen Welt)

Quelle: [http://www.initiativeandersarbeiten.de/html/themen/themen\\_text\\_2.php?zid=113](http://www.initiativeandersarbeiten.de/html/themen/themen_text_2.php?zid=113)

Am 1. Januar 2005 sollen die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden, das Ganze nennt sich Hartz IV. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen vertritt hierzu folgende Thesen:

1. Das neue ALG II (Arbeitslosengeld II) liegt unter dem Niveau der heutigen Sozialhilfe.
2. Das ALG II stellt Familien mit Kindern schlechter.
3. Das ALG II ist eine direkte Rutsche in die Armut.
4. Mit Hilfe des ALG II erfolgt eine Demontage der Sozialhilfe als unterstem Netz.
5. Das ALG II fördert Arbeit um jeden Preis.
6. Das Prinzip der Bundesregierung lautet: »Fordern ohne zu fördern.«

## Was ändert sich?

Vieles ist dabei noch in der Diskussion, wie das Wohngeld und die Zuständigkeiten. Konkretere Angaben zu Regelsatz, Vermögensanrechnung, Wohngeld liegen jedoch schon vor: Einheitlich erhält jeder Arbeitssuchende, der nicht über genügend Ersparnis verfügt (200 Euro pro Lebensjahr), monatlich 345 Euro im Westen und 331 Euro im Osten. Pauschalbeträge für Fahrten, Bewerbungen, einmalige Anschaffungen usw. sind in diesem Betrag bereits enthalten. Zusätzlich gibt es innerhalb von zwei Jahren nach dem Bezug von ALG I (das bisherige Arbeitslosengeld), maximal 120 Euro im ersten Jahr und 60 Euro im zweiten Jahr. Menschen, die in einer Haushaltsgemeinschaft leben, erhalten 90 Prozent dieses Betrages.

Darüber hinaus soll es statt des bisherigen Wohngelds einen von den Kommunen finanzierten pauschalen Mietzuschuß geben. Über dessen Höhe wird derzeit noch gefeilscht. Die Stadt Dresden hat eine Pauschale von 50 Euro in die Diskussion geworfen, von seiten der Regierung wurde beispielsweise vorgeschlagen die Unterkunftskosten für Einzelpersonen zu beschränken und eine Obergrenze von 180 Euro zu setzen. In jedem Fall werden die Zahlungen an die Bedürftigen niedriger sein als bisher. Desweiteren soll noch eine Energiekostenpauschale durch die Kommune bezahlt werden, über deren maximale Höhe heute nur spekuliert werden kann; Daten liegen noch nicht auf dem Tisch. Aber Anspruch auf Leistungen hat der Antragsteller nur noch, wenn die Bedarfsgemeinschaft und nicht das Individuum über unzureichende finanzielle Mittel verfügt.

## Kürzungssystem

Damit Erwerbslose mit 345 Euro im Monat nicht in Saus und Braus leben, gibt es jetzt ein umfangreiches Kürzungssystem. Meldet sich der Erwerbslose verspätet auf dem Amt oder nimmt er einen angeordneten Arzttermin nicht wahr, wird dies beispielsweise mit einer zehnpromzentigen Kürzung auf drei Monate geahndet. Wer eine Arbeit, eine Fortbildung oder Maßnahme ohne wichtigen Grund nicht antritt

oder abbricht, wer sich bei einem Vorstellungsgespräch in unangemessener Kleidung bewirbt, wer eine gemeinnützige Arbeit ablehnt, wer sich »unwirtschaftlich« verhält, wer sein Einkommen oder Vermögen mindert, um die Gewährung von ALG II herbeizuführen, wird für drei Monate mit einer dreißigprozentigen Kürzung bedacht. Wer nach einem Vorstellungsgespräch nicht angenommen wird, muß gegebenenfalls beweisen, daß es nicht sein Verschulden war, daß er nicht angestellt wurde, andernfalls erfolgt eine dreißigprozentige Kürzung für drei Monate. Diese Kürzungen sind addierbar, so daß es theoretisch denkbar ist, etwa nur einen Betrag in Höhe von 34,50 Euro für einen Monat zu erhalten. Der Weg zu den Gerichten soll erschwert werden, künftig sollen Gebühren bei den Sozialgerichten erhoben werden. In keinem Fall gibt es die Möglichkeit, zusätzlich Sozialhilfe zu erhalten. (Diese letzte »Hängematte« bleibt Kranken und Behinderten vorbehalten.) Auch die GEZ-Befreiung und der Sozialtarif bei der Telekom entfallen künftig.

Bei Sanktionen fällt der Zuschlag auf das ALG II weg. Schon bei der ersten Pflichtverletzung wird bei Jugendlichen unter 25 Jahren lediglich die Unterkunft und Heizung gesichert; sie erhalten Lebensmittelgutscheine und Sachleistungen. Bei der zweiten Pflichtverletzung kann bei Erwachsenen auch bei Leistungen für Unterkunft, Heizung, Mehrbedarf und Darlehen gekürzt werden. Bei der dritten Pflichtverletzung können Sachleistungen erbracht werden und bei der vierten Pflichtverletzung kann das ALG II ganz wegfallen.

### **Zuverdienst**

Bisher konnten Erwerbslose 165 Euro im Monat nebenher verdienen, ohne ihren Anspruch auf Arbeitslosenhilfe zu verlieren. Jetzt dürfen die Bezieher von Arbeitslosengeld Geld hinzu verdienen, aber von den ersten 400 Euro nur noch 15 Prozent behalten, also 60 Euro. Weiterhin müssen sie für ihre Fahrtkosten selbst aufkommen. Bei Zuverdiensten bis zu 900 Euro beträgt der Freibetrag 60 Euro (15 Prozent von 400 Euro) zzgl. 30 Prozent des 400 Euro übersteigenden Einkommens, bei bis zu 1 500 Euro 60 Euro zzgl. 150 Euro (30 Prozent von 900 Euro-400 Euro) zzgl. 15 Prozent des 900 Euro übersteigenden Einkommens. Der maximale Freibetrag beträgt also 300 Euro. Soweit der § 30 ALG II. Bei der Anrechnung von Einkommen hat die CDU im Vermittlungsausschuß ihr Modell durchgesetzt. Die 165 Euro Freibetrag werden dann erst bei einem Einkommen von 750 Euro erreicht.

### **Arbeitszwang**

Jeder Bezieher von ALG II muß dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und gegebenenfalls zumutbare Arbeit auch ohne Entgelt leisten. Im Verweigerungsfall tritt die Kürzungsregelung in Kraft. Zumutbar ist es z.B. wenn ein Diplomingenieur zur Hundekotbeseitigung im Park ohne Arbeitsvertrag und ohne Gehalt eingesetzt wird. Er erhält dafür weiterhin seine Arbeitslosenhilfe, sprich ALG II. Jede Arbeit ist zumutbar. Zum Katalog der zumutbaren Arbeiten gehören Maßnahmen, die nicht dem Beruf oder der zuletzt ausgeübten Erwerbstätigkeit entsprechen, die in Hinblick auf den erlernten Beruf und der erworbenen Qualifikation als geringerwertiger anzusehen sind, deren Beschäftigungsort weiter entfernt vom Wohnort ist als ein früherer Beschäftigungsort, deren Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei bisherigen Beschäftigungen. Von der Zumutbarkeit ausgenommen sind Arbeiten, zu denen der erwerbsfähige Erwerbslose von seinen Kräften her nicht in der Lage ist, die einem Hilfeempfänger die künftige Ausübung seiner bisherigen überwiegenden Tätigkeit erschweren würden (z.B. der Klavierspieler auf dem Bau), deren Ausübung die Erziehung eines Kindes (unter drei Jahren) gefährdet, deren Ausübung mit der Pflege pflegebedürftiger Angehöriger nicht vereinbar wäre, sofern die Pflege nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann oder deren Ausübung ein sonstiger wichtiger Grund entgegensteht. Es besteht also kein Schutz von beruflicher Qualifikation und Neigung. Beschäftigung geht vor Ausbildung, auch bei Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren. Von der Bereitschaft

zur Aufnahme jeglicher Beschäftigung werden die »passiven« Leistungen zur Existenzsicherung abhängig gemacht.

### **Eingliederungsvereinbarung**

Um das alles möglich zu machen, muß eine sogenannte Eingliederungsvereinbarung unterschrieben werden. Ohne Eingliederungsvereinbarung gibt es keine Leistung. Der Arbeitssuchende muß unterschreiben, egal, was in dieser Vereinbarung geschrieben steht. Heute gibt es noch ein Widerspruchsrecht, daß zum 1.1.05 jedoch ausgehebelt wird. In der Eingliederungsvereinbarung steht, welche Bemühungen der Erwerbslose in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in die Lohnarbeitswelt mindestens unternehmen muß und in welcher Form er Bemühungen nachzuweisen hat.

### **Die Aussichten**

Aufgrund des niedrigen Regelsatzes des ALG II werden alle Langzeitarbeitslosen in die Armut getrieben, die Folge wird die Bildung von Ghettos vor allem in den Großstädten sein. Aber es geht noch weiter: Der knallharte Sanktionskatalog führt zur Verelendung. Jugendliche erhalten nach der ersten Pflichtverletzung kein Geld mehr, sondern nur noch Lebensmittelgutscheine und Sachleistungen. Gerade bei Jugendlichen mit einer schlechteren Ausbildung ist eine Zunahme der Kriminalität zu erwarten. Bei Erwachsenen kann das ALG II nach der vierten Pflichtverletzung ganz wegfallen. Der auf die Bedürftigen ausgeübte Druck wird zu einem Anstieg psychischer Erkrankungen führen. Die Versorgung mit Nahrung wird zwar noch durch Suppenküchen und Lebensmittelgutscheine gesichert, die Wohnung kann jedoch gefährdet sein und Obdachlosigkeit drohen. Jede Arbeit ist zumutbar, das heißt, es herrscht faktisch Arbeitszwang. Die Erwerbslosen werden in prekäre Jobs gedrängt oder in die Schwarzarbeit, die wiederum kriminalisiert wird. Durch die geringen Zuverdienstmöglichkeiten lohnt sich auch zusätzliche Arbeit nicht. Mit der Eingliederungsvereinbarung werden die Erwerbslosen entmündigt, sie verstößt darüber hinaus gegen die Vertragsfreiheit. Die Ämter können für sich einen enormen Machtzuwachs verbuchen. Aufgrund der Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit geben die Arbeitsamtsbeschäftigten den Druck, dem sie von Seiten der Vorgesetzten ausgesetzt sind, an die Erwerbslosen weiter. Aber viele Erwerbslose werden gar nicht mehr in den »Genuß« der Schikanen kommen, denn in Folge der veränderten Einkommensanrechnung werden sie kein ALG II mehr erhalten. Die Arbeitslosenstatistik wird bereinigt und verfälscht, denn viele fallen aus dem ALG II heraus bzw. suchen nach prekären Auswegen wie Ich-AGs. Mit Hartz IV werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern es verstärkt sich der Druck auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten. Die Kommunen stöhnen schon heute unter der Last der Sozialhilfekosten; mit Hartz IV sollen sie die Unterkunftskosten für alle ALG II-Bezieher übernehmen. Das führt nicht zur Entlastung, sondern zu erheblicher Mehrbelastung.

Wem aber bringt Hartz IV etwas? Natürlich dem Kapital, das eine weitere Verbilligung der Ware Arbeitskraft anstrebt. Die Verwertungsmaschinerie soll laufen und die Lohnarbeiterschaft optimal ausgebeutet werden.

Wenn ab 19.7.04 die Anträge für das ALG II mit 17 Seiten Formularen und Hinweisen rausgeschickt werden, wird sich so mancher Erwerbslose in diesem Land wundern, in welcher »freiheitlicher Demokratie« er lebt. Erwerbslose werden zu gläsernen Menschen, wer von diesem Staat Geld haben möchte, um sein Überleben zu sichern, weil es einfach nicht ausreichend Arbeitsplätze gibt, muß sich nackt ausziehen. Was bleibt, ist die Demütigung von Millionen Menschen, die sich auch noch selbst die Schuld an der eigenen Lage geben sollen.

Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

## **Pühl & Wöhl: Hartzschrittmarker IV**

Angeblich familienfreundlichen Hartz-Reformen drängen Frauen zurück in ihre alten Rollen.

Von Katharina Pühl und Stefanie Wöhl

Endlich können Familien sich unter der besonderen Obhut einer Gruppe von SpezialistInnen sicher fühlen: den ArbeitsvermittlerInnen. Denn einer der angeblichen Vorteile der Anfang Januar in Kraft getretenen Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes ist die »familienfreundliche« Schnellvermittlung. Das bedeutet, dass Familien und Menschen, die Kinder oder andere Angehörige zu versorgen haben, vorrangig und besonders schnell in die Erwerbsarbeit vermittelt werden sollen. Von einer besonderen Sorgfalt bei der Vermittlung oder gar von den Lebensbedingungen und Bedürfnissen dieser Menschen ist dagegen nicht die Rede.

Auch an der Hausarbeitsfront geht es voran. So genannte Beschäftigungspotenziale im Niedriglohnbereich sollen ausgebaut werden. Der Haushalt, der viele bislang noch von der Erwerbsarbeit in verschiedenen schlecht bezahlten Jobs abgehalten hat, wird zukünftig nicht mehr in Schwarzarbeit versorgt, sondern legal, und die Frauen, die speziell in diesen Bereich vermittelt werden sollen, werden steuerlich begünstigt.

Völlig egal ist, ob die neue Haushaltshilfe vorher Professorin an einer polnischen Universität war. Hauptsache, sie besitzt eine Aufenthalts- und eine Arbeitserlaubnis.

### **Fehlende Voraussetzungen**

Was der Bericht der Hartz-Kommission erwarten ließ, wird schneller zur Wirklichkeit werden als gedacht. Vor allem der Druck auf die betroffenen Arbeitslosen wird erhöht.

Gut beraten ist, wer jetzt einen guten Plan für die nötige »work-life-balance« präsentieren kann. Das Ziel der schnelleren Vermittlung verträgt sich nicht mit dem Umstand, dass die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Hartzpläne bislang noch nicht geschaffen sind. Die versprochenen zusätzlichen Kindergartenplätze und die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, die schon der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen hatte, sowie 10 000 Ganztagschulen müssen erst noch eingerichtet oder gebaut werden, um es Müttern zu ermöglichen, eine Arbeit aufzunehmen.

Mit diesen Vorhaben soll Deutschland zum »kinderfreundlichen Land« werden, wie es im Programm »Zukunft, Bildung und Betreuung« der Bundesregierung zu lesen ist. Angeblich sollen diese Reformen auch Alleinerziehenden zugute kommen. Dabei wird das Ehegattensplitting beibehalten und damit die Bevorteilung der Ehe und die steuerliche Benachteiligung der Alleinerziehenden.

Gut stehen vor allem diejenigen da, deren Arbeitsmöglichkeiten nicht »beschränkt« sind und die sich frei bewegen können. Eine Kultur der mobilen kinderlosen Singles, die mal hier, mal dort, auch mal unter prekären Bedingungen arbeiten, ist attraktiv. Wozu braucht man ein soziales Umfeld oder gewachsene Bindungen nicht familiärer oder wahlfamiliärer Art? Ein paar Zugeständnisse müssen die Familienlosen schon machen, die sich verantwortungslos der Bestandssicherung der deutschen Bevölkerung entziehen.

Es lassen sich mehrere Konzepte erkennen, die teilweise einander widersprechen, die auf jeden Fall aber das geförderte und geforderte Individuum erheblich unter Druck setzen, je nach Lebenssituation auf sehr unterschiedliche Weise.

ArbeitskraftunternehmerInnen in eigener Sache müssen neue Techniken erlernen, um mit der verstärkten repressiven Praxis bei der Gewährung staatlicher Ausfallleistungen wie dem Arbeitslosengeld umgehen zu können. Die neuen Bedingungen werden in jedem Fall absehbare geschlechterpolitische Folgen haben.

### **Strategien der Disziplinierung**

Die erweiterte Möglichkeit, haushaltsnahe Dienstleistungen in Minijobs zu verwandeln, setzt neue Standards bei der sozialen Absicherung dieser Arbeitsverhältnisse. Das von der Regierung beschworene ungenutzte »Potenzial« in diesem Bereich ergibt sich aus Schätzungen der bislang schwarz oder unbezahlt geleisteten Arbeit.

Zugegeben: eine pauschale Abgabe des Arbeitgebers von zwölf Prozent für Löhne bis 400 Euro ist besser als gar keine. Die Schaffung regulierter Niedriglohnjobs schränkt jedoch die Möglichkeiten für eine existenzsichernde Altersvorsorge der Beschäftigten ein, vor allem für Frauen.

Neue soziale Ungleichheiten entstehen, bereits bestehende werden vergrößert, was etwa die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für MigrantInnen und InhaberInnen deutscher Pässe betrifft. Der zu erwartende Wettbewerb um die schlecht bezahlten Arbeitsplätze wird viele Menschen ganz vom Lohnarbeitsmarkt drängen.

Die alte Geschlechterpolarität wird sicherlich auch durch die Vermittlungspraktiken der zukünftigen Personalserviceagenturen (PSA) verstärkt. Es sind dann vermutlich die »dazuverdienenden Ehefrauen«, die aus der Menge der Arbeitssuchenden verschwinden, sich aber auch den Regeln der neuen Zumutbarkeit entziehen können. Ein Privileg durch den Trauschein also? Deutlich wird zumindest der Widerspruch, einerseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern zu wollen, andererseits aber am Modell des Ernährers der Familie mit Hausfrau festzuhalten.

Mit der Beschleunigung der Lohnarbeitsvermittlung, der Zwangsbeschäftigung durch Personalserviceagenturen oder der aufgezwungenen Weiterbildung schwindet die Möglichkeit, die Zeiten zwischen zwei Arbeitsverträgen nach den eigenen Bedürfnissen zu verbringen. Zumal wenn das Unterhaltsgeld für die Dauer von Fortbildungen einschneidend gekürzt werden soll.

Verstärkt wird der Druck auf Arbeitslose noch durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe. Die auf die Erwerbsarbeit ausgerichtete Logik der Reformen vertieft die Kluft zwischen denen, die einen Arbeitsplatz haben, und denen, die keinen haben oder keinen zu unzumutbaren Bedingungen haben möchten.

### **Was ist zu erwarten?**

Für eine Bilanz ist es zu früh, für eine kritische Einschätzung nicht. Die allein auf eine schnellere Vermittlung von Arbeitslosen gerichtete Reform kann die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht beheben. Produziert werden stattdessen widersprüchliche Effekte auf die Geschlechterverhältnisse, die teilweise durch geschlechterpolitische Maßnahmen noch verstärkt werden.

Ein Beispiel ist das so genannte Gender Mainstreaming, das die Folgen politischer Maßnahmen für beide Geschlechter untersuchen und bewerten soll. In der Privatwirtschaft wird es bislang nur selten verwirklicht. Im Sommer des Jahres 2001 lehnten es die Unternehmer mehrheitlich ab, das Ziel der Gleichstellung von Frauen im Wirtschaftsprozess festzuschreiben. Damit wurde zugleich eines der wichtigen geschlechterpolitischen Vorhaben des rot-grünen Regierungsprogramms von der Tagesordnung gestrichen.

Die qualitativen Gesichtspunkte bei der Kritik der geschlechtsspezifischen Verzerrungen des Arbeitsmarktes fallen immer öfter unter den Tisch. Es zählt, überhaupt eine Arbeit zu haben. Die Aushöhlung von Tarifverträgen und die Verschiebung der Grenze dessen, was als unzumutbar gilt, lassen auch Positionen in der Diskussion schwächer werden, die im System eine Gleichstellung von Frauen erreichen wollen.

Sicherlich werden sich durch den erhöhten Vermittlungsdruck berufsbezogene Geschlechterbilder und Ausbildungswege verändern. Vermutlich werden sich aber die Geschlechterbarrieren auf dem Arbeitsmarkt nicht auflösen. Die Konkurrenz um den Zugang zu bestimmten Berufssparten wird sich eher verschärfen. Unter dem Druck der ökonomischen Zwänge werden die sozial erworbenen Fähigkeiten von Frauen selektiv und willkürlich zur Norm erhoben. Auch sie sollen Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen in eigener Sache werden, ganz gemäß dem alten Motto, dass jeder seines Glückes Schmied sein könne, wenn er nur wolle.

Der Umbau der Gesellschaft in Richtung ihrer totalen Vermarktung wird weiter vorangetrieben. Dabei wird das Verhältnis der Geschlechter benutzt, um nur noch auf den Markt orientiertes Denken zu fördern. Einerseits werden die traditionellen Rollenvorstellungen implizit aufgewertet, weil sie als Rückzugsmöglichkeit angesichts der neuen Zumutungen dienen können, wie am Beispiel des »Tauscheinprivilegs« zu sehen ist.

Andererseits trägt die Rede von der besonderen Eignung von Frauen für Existenzgründungen im Dienstleistungsbereich zu einer einseitigen Sicht bei. Die Auswirkungen der Geschlechterordnung werden dabei zum privaten Problem. Frauen, die kleine Kinder zu versorgen haben, werden auf dem Markt wesentlich schlechtere Chancen haben.

Die Frage ist also, wie eine emanzipative, eingreifende Geschlechterpolitik aussehen könnte. Es gilt, sich von der neoliberalen Geschlechterrhetorik zu distanzieren, die uns weismachen soll, dass endlich auch weibliche Qualitäten anerkannt werden, sofern sie verwertbar sind.

Die Verinnerlichung des Marktprinzips ruft in einem neuen Rahmen alte Rollenbilder wieder auf und fördert unternehmerisches, bisher vorwiegend maskulin kodierte Verhalten. Jenseits der Festschreibung eines binären Geschlechtermodells geht es also darum, die Wiederbelebung alter Klischees zu beobachten und sich dagegen zu wehren.

## **Precarias a la deriva: Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit**

<http://www.republicart.net> [2004]

*Synopsis:* Wir sind prekariert. Das bedeutet ein paar gute Dinge (die Akkumulierung unterschiedlichen Wissens und von verschiedenen Fähigkeiten und Kompetenzen durch eine sich ständig neu konstituierende Arbeit und Lebenserfahrung) und eine Menge negativer Dinge (Verletzlichkeit, Unsicherheit, Armut, soziale Gefährdung). Doch unsere Situationen sind so unterschiedlich, so singulär, dass es uns schwer fällt, den gemeinsamen Nenner zu finden, von dem wir ausgehen könnten, oder die eindeutigen Unterschiede, durch die wir einander bereichern könnten. Es ist schwierig für uns, uns auf der gemeinsamen Basis von Prekarität auszudrücken und zu definieren, einer Prekarität, die auf eine eindeutige kollektive Identität verzichtet, in der sie sich simplifiziert und verteidigt, die aber nach einer Form der gemeinsamen Verortung verlangt. Wir müssen über die Entbehrungen und den Exzess unserer Lebens- und Arbeitssituationen sprechen, um der neoliberalen Fragmentierung zu entkommen, die uns von einander trennt, schwächt und zu Opfern von Angst, Ausbeutung oder dem Egoismus des "jede für sich allein" macht. Allem voran wollen wir durch die Aufnahme eines gemeinsamen und kreativen Kampfs die kollektive Schaffung alternativer Lebensentwürfe ermöglichen.

-Aus der Einladung zur Teilnahme an der ersten *deriva*, Oktober 2002.

*Precarias a la Deriva* ist eine Initiative zwischen Forschung und Aktivismus, die aus dem feministischen Sozialzentrum *La Eskalera Karakola* in Madrid ursprünglich als Antwort auf den Generalstreik in Spanien im Juni 2002 hervorging. Konfrontiert mit einer Mobilisierung, die unsere fragmentierte, informelle und unsichtbare Arbeit nicht repräsentierte – unsere Jobs wurden weder von den Gewerkschaften, die den Streik ausgerufen hatten, noch von der diesen auslösenden Gesetzgebung berücksichtigt – beschloss eine Gruppe von Frauen, den Streiktag zusammen zu verbringen, gemeinsam durch die Stadt zu ziehen, die klassische Streikpostenkette in eine Streikpostenuntersuchung umzuwandeln und mit Frauen über ihre Arbeit und ihr Leben zu sprechen: Streikst du? Warum? Unter welchen Bedingungen arbeitest du? Welche Instrumente stehen dir zur Verfügung, um mit dir ungerecht erscheinenden Situationen umzugehen? ...

Aus dieser ersten tastenden Erfahrung entstand der Impuls zu einem kontinuierlichen Forschungsprojekt. Es war klar, dass wir ein Instrumentarium brauchen, um über die neuen Arbeitsformen zu sprechen und in ein Arbeitsfeld zu intervenieren, das oft nicht einmal einen Namen hat. Deshalb begannen wir, dieses Feld zu vermessen - immer mit einem Auge auf die Möglichkeit des Konflikts. Das ist ein Gebot des Überlebens, das aus unseren eigenen Bedürfnissen entsteht: Bedürfnissen nach Netzwerken, die die Einsamkeit durchbrechen, und nach Worten, mit denen wir über das sprechen können, was mit uns geschieht.

Aber wer sind "wir"? Wir gehen aus von einer vorläufigen Kategorie, einer Intuition beinahe: Können wir Prekarität als gemeinsame Bezeichnung für unsere verschiedenen und singulären Situationen verwenden? Wie können wir nach gemeinsamen Namen suchen und gleichzeitig Singularitäten anerkennen, Allianzen bilden und dabei Unterschiede verstehen? Eine Freelance-Designerin und eine Sexarbeiterin haben bestimmte Dinge wie die Unberechenbarkeit und Ausgesetztheit ihrer Arbeit, das Ineinanderübergehen von Arbeit und Leben sowie den Einsatz von Fähigkeiten und Wissen, die nicht quantifizierbar sind, gemeinsam. Aber ebenso eindeutig ist der Unterschied in Bezug auf soziale Anerkennung und den Grad der Verletzlichkeit. Wie sollen wir unsere gemeinsamen Bedürfnisse

artikulieren, ohne auf eine Identität zurück-zufallen und ohne unsere jeweiligen Situationen zu nivellieren und zu homogenisieren?

Statt still zu sitzen und all diese Zweifel beizulegen, entschieden wir uns loszuziehen und uns unterwegs damit auseinander zu setzen. Wir wählten eine Methode, die uns auf verschiedenen Wegen durch die urbanen Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit führte, einander gegenseitig unsere Alltagsumgebungen zeigend, in der ersten Person sprechend, Erfahrungen austauschend und gemeinsam reflektierend. Diese *derivas* durch die Stadt widersetzen sich der Trennung von Arbeit und Leben, Produktion und Reproduktion, öffentlich und privat, und zeichnen so das raum-zeitliche Kontinuum unserer Existenzen, die dop-pelten (oder multiplen) Präsenzen, nach. Konkreter: Über einige Monate hindurch wanderte eine offene, sich verändernde, Gruppe von uns fast jede Woche durch die wichtigsten Orte des täglichen Lebens von Frauen (uns selbst, unseren Freundinnen und engen Bekannten), die in prekären und in hohem Maße feminisierten Bereichen tätig sind: Spracharbeit (Übersetzen und Unterrichten), Hausarbeit, Call Centers, Sexarbeit, Gastronomie, Sozialarbeit, Medienproduktion. Um unsere Reflexionen etwas zu strukturieren, wählten wir einige Achsen partikulärer und gemeinsamer Interessen, die uns leiten sollten: Grenzen, Mobilität, Einkommen, Körper, Wissen und Beziehungen, unternehmerische Logik, Konflikt. Sprechend und reflektierend, die Videokamera und das Aufnahmegerät in der Hand, zogen wir los mit der Hoffnung, die Erfahrung und die Hypothesen, die wir daraus gewinnen würden, weitergeben zu können, wobei wir unsere eigene Kommunikation nicht nur als Mittel der Verbreitung, sondern als primäres politisches Material ernst nahmen.

Die Erfahrung war unglaublich reich und auch ein wenig überwältigend. Die Fragen vervielfältigen sich, wenig ist sicher. Aber einige vorläufige Hypothesen bildeten sich heraus. Erstens wissen wir, dass Prekarität nicht auf die Arbeitswelt beschränkt ist. Wir ziehen vor, sie als eine Verbindung von materiellen und symbolischen Bedingungen zu beschreiben, die eine Unsicherheit in Bezug auf den nachhaltigen Zugang zu den grundlegenden Ressourcen für die volle Entwicklung des Lebens bestimmen. Diese Definition ermöglicht es uns, die Dichotomien von öffentlich/privat und Produktion/Reproduktion zu überwinden und die Verbindung zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen zu erkennen. Zweitens wollen wir Prekarität weniger als Zustand oder festgeschriebene Position ("prekariert sein"), sondern als Tendenz denken. Tatsächlich ist Prekarität nicht neu, der Großteil der von Frauen verrichteten Arbeit - bezahlt und unbezahlt - war immer schon prekär. Was neu ist, ist der Prozess, durch den sie sich auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche ausdehnt, zwar nicht in einer einheitlichen Form (schwerlich ließe sich eine starre oder präzise Linie zwischen den "prekarierten" und den "abgesicherten" Teilen der Bevölkerung zu ziehen), aber als allgemeine Tendenz. Statt von einem Zustand der Prekarität sprechen wir deshalb lieber von "Prekarisierung" als einem Prozess, der die gesamte Gesellschaft betrifft - mit verheerenden Konsequenzen für das Sozialgefüge. Drittens ist der Ort des Zusammenschlusses (und vielleicht des "Kampfes") mobiler und prekariertem Arbeiterinnen nicht notwendigerweise der Arbeitsplatz (wie auch, wenn dieser oft gleichzeitig das eigene Zuhause oder das einer anderen ist, oder er alle paar Monate wechselt, und die Chance, mit einem Team von KollegInnen lange genug zusammenzuarbeiten, um ein-ander kennen zu lernen, 1:1000 ist?), sondern das großstädtische Umfeld, durch das wir täglich navigieren, mit seinen Werbeflächen und Einkaufszentren, mit seinem Fast Food, das wie Luft schmeckt, und jeder Menge sinnlosen Verträgen.

Zusätzlich zu diesen ersten Hypothesen und einem Berg von Zweifeln haben wir ein paar Ideen, wo wir als nächstes ansetzen wollen. Erstens, und auch dank unserer Workshops zum Thema "Globalisierte Pflegearbeit", ist es uns gelungen, einige *Angriffspunkte* zu erarbeiten. Die Krise der Pflegearbeit, oder besser die politische Artikulation dieser Tatsache, die uns alle betrifft - auf der einen wie der anderen Seite des Ozeans -, ist einer dieser Punkte. Wir glauben nicht, dass es eine einfache Form gibt, mit dieser Frage umzugehen, bzw. eine einzige Formel wie

Grundsicherung, Bezahlung von Hausfrauen, Arbeitsteilung oder ähnliches. Jede Lösung wird verknüpft werden müssen, denn es ist ein verschütteter und vielschichtiger Konflikt, der Themen wie Migrationspolitik, die Konzeption sozialer Dienstleistungen, Arbeitsbedingungen, Familienstrukturen, Affekt etc. umfasst, die wir in ihrer Gesamtheit, aber unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten angehen müssen. Und dann gibt es unsere Faszination von der Welt der Sexarbeit, auf die wir allmählich gestoßen sind, und die uns wiederum in einer komplexen Landkarte verortet, wo wir Migrationspolitik und Arbeitsrecht ebenso wie imaginäre Rechte berücksichtigen müssen. Es gibt hier ein Kontinuum, das wir vorläufig Pflege-Sex-Aufmerksamkeit nennen, und das einen Großteil der Tätigkeiten in allen von uns untersuchten Bereichen umfasst. Affekt, in all seinen Quantitäten und Qualitäten, steht hier im Zentrum einer Verkettung von Orten, Kreisläufen, Familien, Bevölkerungen, etc. Diese Verkettungen produzieren so unterschiedliche Phänomene und Strategien wie virtuell arrangierte Ehen, Sextourismus, Heirat als Mittel der Weitergabe von Rechten, die Ethnifizierung von Sex und Pflegearbeit oder die Herausbildung mehrfacher und transnationaler Haushalte.

Zweitens haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, *Slogans* zu produzieren, die alle diese Punkte beschreiben können; frühere sind uns zu eingeschränkt, zu allgemein und zu vage. Im letzten Workshop zu "Globalisierter Pflegearbeit" stellten wir fest, dass einige dieser Slogans uns zu Räumen führen könnten, die so ambivalent, aber auch so notwendig sind wie die erneuerte Forderung, Kinder haben und aufziehen zu können, und die gleichzeitige Entwicklung eines radikalen Diskurses über die Familie als Mechanismus der Kontrolle, der Abhängigkeit und der Kulpabilisierung von Frauen.

Drittens zeigt sich deutlich, dass es notwendig ist, *Orte der Versammlung* zu schaffen. Gerade der Prozess des Durch-die-Stadt-Ziehens hat uns veranlasst, dem verweigerten Recht der Selbstverortung einen höheren Wert beizumessen. Wenn diese Verortung an einem mobilen und sich verändernden Arbeitsplatz nicht stattfinden kann, müssen wir offenere und weniger definierte Räume innerhalb dieses Stadt-Unternehmens schaffen. Das *Laboratorio de Trabajadores*, das wir einrichten wollen, würde als operativer Raum/Moment fungieren, um mit unseren Konflikten, Ressourcen (rechtliche Ressourcen, Arbeit, Information, gegenseitige Unterstützung und Betreuung, Unterkunft, etc.), Informationen und unserer Geselligkeit zusammenzukommen und damit Bewegung und Reflexion zu schaffen. Eine gute Idee, und eine schwierige: Wir denken derzeit nicht nur über die praktischen Aspekte nach, sondern vor allem über seine Kapazität als Verbindungs- und Mobilisierungspunkt für Frauen aus so verschiedenen Bereichen wie Haushalt und Call Center.

Viertens hoffen wir, die von uns im Laufe dieses Prozesses herausgebildeten *lokalen und internationalen Allianzen* zu stärken. Ein Buch und ein Video, die wir gerade publiziert haben, sind als Mittel dafür gedacht. Mit dem Video können wir an die Orte, die wir im Laufe des letzten Jahres durchwandert haben, zurückkehren, zu den Gesundheitszentren und Nachbarschaftsvereinen auf der Plaza und im Cyberspace, um die Gespräche, die wir begonnen haben, weiterzuführen.

Fünftens unterstreichen wir die Bedeutung *öffentlicher Äußerungen und der Sichtbarkeit*: Wenn wir die soziale Atomisierung durchbrechen wollen, müssen wir uns wirksam in den öffentlichen Raum einmischen, andere Slogans in Umlauf bringen, große Ereignisse produzieren, Prekarität als Konflikt platzieren und sie mit Fragen der Pflege und Sexualität verknüpfen. Es gibt einige Ideen, noch nicht ganz ausgereifte Möglichkeiten dieser Art der Intervention sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene, die wir gemeinsam mit den vielen Frauen und Kollektiven, mit denen wir bisher in Kontakt waren, verfolgen wollen. Derzeit stellen wir drei Typen latenter - bzw. existenter, aber unsichtbarer oder bisher nur individueller - Konflikte fest: 1. verallgemeinertes Fernbleiben von nicht-professioneller Arbeit (Telemarketing, Einzelhandel in großen Ladenketten und Dienstleistungen), 2. die

Forderung nach anderen Inhalten und anderen Formen in prekären Berufen (Krankenpflege, Kommunikationsbereich) und 3. die Forderung nach Anerkennung in traditionell unsichtbaren Berufen (Haus- und Sexarbeit). Einerseits müssen wir eine Hybridisierung dieser Typen beachten, andererseits müssen unsere Strategien auf die Ressourcen, Modalitäten und Möglichkeiten zurückgreifen, die diese spezifischen Arbeitsformen bieten. Hier haben wir einige interessante Experimente gesehen - von rebellierenden Call-Shop-ArbeiterInnen bis zu den MedienarbeiterInnen, die die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ganz andere Mitteilungen nutzten -, und durch die Zusammenarbeit hoffen wir noch mehr Experimente hervorzubringen.

Sechstens beginnen wir bewusst dem Bedürfnis zu begegnen, *gemeinsame ökonomische und infrastrukturelle Ressourcen* zu mobilisieren. Wir wollen wie die Parteien in der Lage sein, Menschen zu "befreien": von Illegalität befreien, von Prekarität befreien. Wir könnten eine Heiratsagentur einrichten und den Gehorsam verweigern, Dokumente fälschen, raubkopieren, Schutzraum bieten und was auch immer uns einfällt. Ebenso wie die meisten anderen Ideen auch brauchen wir für jene eines *Laboratorio de Trabajadores* finanzielle Mittel. Wir wollen aber weder in ein Star-System verfallen und nur herumfahren und reden, anstatt das lokale Netzwerk, das so wichtig für uns ist, weiterzuentwickeln, noch wollen wir von Subventionen abhängig werden. Die für uns maßgeblichen Ressourcen sind ebenso immateriell und affektiv wie materiell. Es geht uns darum, etwas für die Allgemeinheit zu schaffen. Dafür ist es notwendig, Wissen und Netzwerke zu kollektivieren und die Logik individueller Maximierung zu durchbrechen, an die uns die intellektuellen Agenturen der *Stadt von Ansehen* gewöhnt haben.

Eines führt zum anderen. Von den *derivas* zu weiteren *derivas*, von einzelnen Workshops zu tausenden mehr von Auseinandersetzungen und Diskussionen, Demonstrationen, öffentlichen Räumen und der Möglichkeit von Zusammenschlüssen. Über eine Politik der Geste hinaus: Dichte, Geschichte, Verknüpfungen, Erzählung, Orte .... wir werden weitermachen.

*Übersetzung: Therese Kaufmann*

<http://www.sindominio.net/karakola/precarias.htm>

Der Text wird in *Feminist Review* publiziert.

*Precarias a la Deriva, A la deriva por los circuitos de la precariedad femenina.*  
Madrid: Traficantes de Sueños, 2004.

## **Arranca! & BUKO: Aneignung – Anmerkungen zu einem ambivalenten Konzept**

Vom ASWW der BUKO und der arranca!-Redaktion

Inwieweit taugt der Begriff „Aneignung“ als analytische Kategorie, inwieweit als politisches Konzept? Wie müsste er gefüllt werden, um für eine emanzipatorische Praxis brauchbar zu sein? In vier Punkten wollen wir – die Redaktion arranca! Und der Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (ASWW) der BUKO – die Ambivalenzen des Begriffs herausarbeiten.

Unter Rot-Grün scheint sich ganz Deutschland immer weiter in einen neoliberalen Rausch hineinzusteigern: Flexibilisierung, Privatisierung, Eliteuniversitäten – Konzepte wie diese prägen nicht nur die staatliche Politik, sondern haben sich auch

fest in den Köpfen verankert. Sie gelten als unausweichlich, unabwendbar, und insofern sind sie gleichsam »natürlich«. So viel zur Zustandsbeschreibung.

Hoffnungsfroh stimmt nun, dass in jüngster Zeit diverse Gruppen und Initiativen der Linken mit praktischen Aktionen – siehe die Umsonst-Kampagnen in mehreren deutschen Städten – Anzeichen von Bewegung zeigen. Auch auf theoretischer Ebene werden vermehrt alternative Konzepte zur neoliberalen Gesellschaftsumformierung diskutiert (links-netz, Komitee für Grundrechte und Demokratie). Nicht selten wird dabei der Begriff der Aneignung verwendet – und mit unterschiedlichen Bedeutungen gefüllt: Aneignung bezeichnet sowohl ein theoretisches Konzept (Synonym für Verstehensprozess, intellektuelle Einverleibung), als auch eine konkrete Praxis des Sich-Nehmens. Es geht um Handlungen von Menschen, die ihre Umgebung bewusst gestalten und dabei auch über unpraktische Besitzverhältnisse stolpern.

### **Aneignung oder Enteignung?**

Der Aneignungs-Begriff ruft völlig unterschiedliche Assoziationen hervor. Diese bewegen sich zwischen zwei Polen: einem positiven Verständnis des Begriffs als Selbstermächtigung, als offensive und von unten kommende Bewegung des Sich-Nehmens und einem negativen, als eine täglich sich wiederholende und zudem in immer mehr Lebensbereiche vordringende »Aneignung von oben«. Die unterschiedlichen Assoziationen verweisen auf analytische Differenzen, die für den politischen Gebrauch des Begriffs von entscheidender Bedeutung sind. In den Diskussionen, aus denen dieser Artikel entstand, haben wir die Stärken und Schwächen des Begriffs Aneignung denen des Begriffs Enteignung gegenüber gestellt. Das Resultat war uneindeutig (wie auch sonst).

Aneignung ruft positive Assoziationen hervor, wo eine aktive, emanzipatorische Praxis neben herrschenden Verhaltensweisen gemeint ist, die etwas Neues aufbauen will. Enteignung hingegen weckt Assoziationen mit zunächst nur passiven, reaktiven Mustern oder staatlichen Entscheidungen wie z.B. die Enteignung von Land für den Straßenbau oder die Verstaatlichung von Betrieben. Enteignung schöpft also scheinbar nichts Neues. Solche Diskussionen sind insofern abstrakt, als dass sie von den Begebenheiten absehen, unter denen die Begriffe zur Geltung kommen. Beides, sowohl Aneignung als auch Enteignung, kann sowohl »von oben« als auch »von unten« stattfinden, sowohl von staatlichen als auch von nicht-staatlichen, von individuellen oder kollektiven Akteuren vorgenommen werden, die Handlungsspielräume von Machtunterworfenen erweitern oder auch verengen. Demnach müssen sowohl Subjekt und Adressat als auch die Ziele von Aneignungs- oder Enteignungshandlungen benannt werden, um die Begriffe sinnvoll verwenden zu können. Ein Beispiel: Sind die Fabrikbesetzungen in Argentinien ein Akt der Aneignung, weil sich die ArbeiterInnen dort der Produktionsmittel bemächtigt haben? Oder handelt es sich vielmehr um Enteignung, weil diese Produktionsmittel dem vorherigen Eigentümer genommen wurden? Wohl müssen in diesem Fall Enteignung und Aneignung einhergehen, um im engen Rahmen einer Kachelfabrik etwas Neues zu schaffen. Ein anderes Beispiel: Handelt eine Kommune, die ein Grundstück und die darauf stehenden Gebäude kauft, um andere Lebens- und Arbeitsweisen auszuprobieren, nicht aneignend, weil sie zuvor niemanden enteignet hat? In beiden Fällen spielt eine weitere Komponente eine Rolle: Wie verhält sich die in ArbeiterInnenhand befindende Fabrik zum Markt und wie die Kommune zum Rest der Gesellschaft? Kann das Eiland der Freiheit im Meer der Zwänge erreicht werden (funktioniert es?), und ist ein solches Inselleben überhaupt wünschenswert (wollen wir das?)? Sicherlich können kollektive Produktions- und Lebensformen nicht ohne einen gewissen Realitätsverlust als Vorgriff auf eine bessere Welt gedeutet werden: Nach wie vor bezieht die Fabrik ihre Rohstoffe über einen, produziert sie ihre Kacheln für einen kapitalistischen Markt. Die Autonomie in der Fabrik steht der Heteronomie(1) auf dem Markt gegenüber. Im Falle einer vom Rest der Gesellschaft abgeschiedenen Insel der Glückseligkeit politisch hilfreich: Aneignung als gelungener Rückzug ändert nichts.

Es geht also nicht darum, das Richtige im Falschen zu tun, sondern vielmehr, das Andere im und antagonistisch zum Falschen zu versuchen. Eine andere Aneignung zu praktizieren, ist dabei alles andere als bequem, Konflikte sind vorprogrammiert. Denn eine andere Aneignung richtet sich oftmals gegen die bestehende, die in den Strukturen, Institutionen und auch Köpfen der Menschen verankert ist.

### **Individuelle oder kollektive, private oder öffentliche Aneignung?**

Was kommt nach der Enteignung? Bleibt etwas (Privat-)Eigentum? Wem gehört das Angeeignete? Wie wird es genutzt: privat – öffentlich – ganz anders? Soll Naturraum von jemandem besessen werden?

Es gibt eine Vielzahl von Strategien, sich den Zumutungen des neoliberal geprägten Alltags zu widersetzen. Viele von ihnen sind individuell und unsichtbar. Das gilt für das Fahren zum Nulltarif, für das Klauen im Supermarkt oder für das Herunterladen von CDs. Im Einzelfall wird man sich schnell darüber verständigen können, ob eine konkrete individuelle Aneignungspraxis progressiv ist oder nicht.

Schwieriger ist es zu sagen, ab wann es sich um eine politische Form der Aneignung handelt: Ist das Fahren zum Nulltarif politisch, weil es eine – den Handelnden selbst oft unbewusste und daher implizite – Kritik neoliberaler Sparpolitik darstellt, die den Zugang zu öffentlichen Gütern verteuert? Oder handelt es sich um eine bloße Strategie privater Haushaltssanierung, die erst dann politisch wird, wenn sie – wie von den Umsonst-Kampagnen – kollektiv und öffentlich praktiziert wird? Wie verhält es sich mit den alltäglichen Widerstandspraktiken von MigrantInnen? Sind sie per se politisch, weil ihnen die Kritik an einem politischen System immanent ist, das die Inanspruchnahme von sozialen und politischen Rechten von der Herkunft abhängig macht? Oder werden sie erst durch explizite Forderung nach Legalisierung, wie sie derzeit in der Legalisierungskampagne erhoben wird, politisiert?

Vermutlich lässt sich relativ leicht ein Konsens darüber herstellen, dass nicht jede Regelverletzung politisch ist oder sein muss, um »gut« zu sein. Oftmals sind sie schlicht notwendig. Solche individuellen oder kollektiven Überlebensstrategien entlang der Unterscheidung »politisch-unpolitisch« moralisch mit gut oder schlecht zu bewerten, können sich einige leisten, andere nicht.

Umgekehrt gibt es eine Vielzahl von politischen Handlungen, die nicht mit Regelverletzungen einhergehen. Wenn die BUKO ihren jährlichen Kongress veranstaltet, ist das keine Regelverletzung. Aber es ist trotzdem eine politische Handlung, nämlich insofern, als mit dem Kongress Räume geschaffen oder angeeignet werden, in denen das Bestehende kritisiert und transzendiert werden kann. Zentral für die Bestimmung der »politischen Qualität« von Aneignung erscheint uns das Moment des Nicht-Integrierbaren. Dieses steckt in vielen individuellen Widerstandspraktiken, entfaltet sich aber nicht automatisch. Es ist somit immer davon bedroht, seinerseits exklusiv zu bleiben und nicht von Dauer zu sein. Aneignungspraktiken tragen auch immer das Potenzial in sich, als Strategien der Selbstermächtigung für neoliberale Konzepte passfähig zu sein oder gemacht zu werden, wie z.B. manche Forderungen der neuen Frauenbewegung heute in Unternehmenskonzepten und (Selbst-)Managementstrategien ihren selbstverständlichen und höchst funktionalen Platz haben. Dies zu verhindern, erfordert Öffent-lichkeit und kollektives Handeln. Leitlinie dabei muss sein, einen Zustand zu beenden, in dem Herkunft, Geschlecht, Klassenzugehörigkeit, Einkommen oder Vermögen über die gesellschaftliche Gestaltungsmacht der Einzelnen entscheiden, und stattdessen einen Zustand herzustellen, in dem alle gleichberechtigt über die sie betreffenden Belange entscheiden und am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können.

## **Aneignung und soziale Rechte**

Der kapitalistische Staat hat »zwei Gesichter«. Er ist Garant sowohl der formalen Gleichheit als auch der Ungleichheit erzeugenden kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die linke positive, bejahende Haltung zum bürgerlichen Staat bezieht sich auf dessen Funktion als Garant von sozialen Rechten (Gewerkschaften, teils auch Attac). In Teilen der staatskritischen Linken hingegen spielt die »soziale Frage« bzw. die Durchsetzung von Rechten keine Rolle. Konkrete und jetztzeitige Alternativmodelle erschöpfen sich darin, kapitalistische »Gesellschaftlichkeit« mit der Propagierung individuell abgesicherter, prekärer sozialer Nischen zu negieren.

Die Frage, die sich hier stellt, lautet: Wie können Forderungen nach verallgemeinerten, garantierten Rechten gestellt werden, ohne den bürgerlichen Staat zu affirmieren? Soziale Rechte sind zwar prinzipiell unveräußerliche Menschenrechte. Aber wirksam, im Sinne von einklagbar, werden sie erst über positives Recht, das der Staat gewährt und absichert. Damit ist die Gefahr verbunden, dass der Kampf um soziale Rechte vor allem auf staatlich-politischem Terrain geführt wird, also über Forderungen an den Staat, diese Rechte zu gewähren. Das Institutionalisieren und damit Einklagbarmachen von sozialen Rechten ist natürlich ganz zentral. Entscheidend ist aber, wie die entsprechenden Kämpfe geführt werden: durch Appelle an den Staat, die immer schon ein Unterordnungsverhältnis reproduzieren, oder durch eine staatskritische Politik der Selbstorganisation?

Der Begriff der Aneignung könnte hier ein Korrektiv bilden, das dazu beiträgt, eine etatistische Engführung der Debatte über soziale Rechte zu verhindern. Dies gilt insofern, als Aneignung den Gedanken der Selbstermächtigung beinhaltet. Aneignung heißt, nicht auf Heilsversprechen zu vertrauen, nicht abzuwarten, sondern sich hier und jetzt Rechte zu nehmen, mit neuen Formen von Vergesellschaftung im Sinne eines »Anderen im und antagonistisch zum Falschen« zu experimentieren, aber trotzdem für ihre Verallgemeinerung zu kämpfen.

Aneignung heißt auch, über eine staatskritische Selbstgenügsamkeit hinaus zu gehen. Staatskritische Positionen sind nicht per se emanzipatorisch. So sind bspw. einstmalige linke Kritiken an der Normalität von Geschlechterarrangements und Erwerbsbiografien, an Bürokratie und Entmündigung inzwischen Bestandteil rot-grüner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Daher müssen Forderungen nach Selbstermächtigung politisch deutlicher formuliert werden, indem danach gefragt wird, auf welche Bereiche sie sich erstrecken: auf das Mitspielen-Dürfen oder auch auf die Festlegung der Spielregeln? Aneignung bezieht sich damit auch auf die Verhältnisse, unter denen sie stattfindet und auf die Art und Weise, wie über diese Verhältnisse nachgedacht wird. In diesem Sinne wäre der Kampf um soziale Rechte zu verstehen und zu betreiben.

## **Handlungsspielräume**

Aneignung bedeutet, eigene Handlungsspielräume erst zu denken und dann auch zu schaffen. Im Sinne eines »Denkens« zielt Aneignung auf eine eigenständige Bestimmung dessen, was eigentlich das Problem ist. Arbeitslosigkeit, z.B.: Hier wird uns bereits seit einigen Jahren eine Definition dieses Problems dargelegt, die einzig und allein auf die mangelnde Bereitschaft oder auf die zu hohen Forderungen der Arbeitslosen verweist. Arbeitslose seien nicht bereit, weil sie entweder zu wenig flexibel, schlimmstenfalls faul oder weil die sozialen Sicherungsleistungen zu hoch dotiert seien. Und wenn die sozialen Leistungen zu hoch blieben, wäre ja klar, dass niemand für weniger Geld arbeiten geht. Allein hier wäre eine Verschiebung innerhalb des Diskurses um Arbeitslosigkeit notwendig, um eine andere Strategie als die der »Billiger-und-Williger«-Politik zu ermöglichen und die Lohnarbeit selbst als das Problem darzustellen. Warum sollten Arbeitslose zur Niedriglohnarbeit

gezwungen werden, wo sie doch eigentlich für einen Mangel an »Selbstverwirklichung in der Lohnarbeit« gut entschädigt werden müssten? Probleme erschöpfen sich natürlich nicht in der Definition und entsprechend in der Redefinition derselben. Doch nach dem schlichten Motto, »Wer das Problem bestimmt, bestimmt auch die Lösung«, dient Aneignung auch der Verschiebung von Diskursen über das Wünschenswerte und das Machbare. Eine Gegenöffentlichkeit – auf der Straße, in Printmedien und Freien Radios – ist deshalb eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung.

Aneignung in unserem Sinne ist kein Zukunftsprogramm und strebt ein solches auch nicht an. Wie sieht der Kommunismus aus? – Keine Ahnung. Sicher ist nur, dass sehr unterschiedliche Menschen unterschiedliche Dinge begehren und Interessen haben und weiterhin haben werden. Sicher ist auch, dass diese unterschiedlichen Begierden und Interessen derzeit nicht für alle umsetzbar sind. Aneignung zielt also auf ein Anderes in der Zukunft, will aber zugleich nicht brav warten, bis sich diese von selbst einstellt.

## **Medico: Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität**

medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit

Obwohl sich die neoliberale Globalisierung mittlerweile sowohl in einer Akzeptanz- wie einer Funktionskrise befindet, konnte die Hegemonie neoliberaler Ideologie bislang nicht nachhaltig erschüttert werden. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass die Kritik an Form und Richtung des Globalisierungsprozesses weitgehend in defensiver Perspektive, d.h. aus der Position einer Verteidigung des klassischen Sozialstaats heraus formuliert wird. Die folgenden Thesen umreißen demgegenüber ein Projekt, das den Neoliberalismus kritisiert, indem es nicht hinter den erreichten Stand der Globalisierung zurück-, sondern über ihn hinauswill. Die Thesen sind notwendig unabgeschlossen und dienen nur erst der Verständigung.

I.

Die an das Ende der west-östlichen Systemkonkurrenz gebundene Rede vom „Epochenbruch“ hat im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung eine sehr viel weitgehendere und tiefere Bedeutung angenommen als zum Ende der 80er Jahre. Mittlerweile ist unübersehbar, dass der damals manifest gewordene Bruch eine grundlegende Umwälzung sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse im globalen Maßstab markiert. Beseitigt wurde nicht allein die Systemkonkurrenz, sondern auch die Weltordnung, in der sie ausgetragen wurde. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der tendenziell weltweiten Durchsetzung der großindustriellen Massenproduktion und eines durch diese ermöglichten Massenkonsums geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob sie in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form organisiert werden sollte. Zugunsten der Verallgemeinerung sozialstaatlich abgesicherter Lohnarbeit und der auf sie gegründeten Vergesellschaftungsweisen sollte die globale Industrialisierung zur weit gehenden Beseitigung traditioneller Formen der Subsistenzproduktion vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der Hausarbeit führen. Auf dem Wege „nachholender Entwicklung“ sollte dabei zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden letztendlich derselbe soziale Ausgleich möglich werden, der innerhalb der entwickelten Industriestaaten durch ihre fortschreitende Ausgestaltung zum Sozialstaat erreicht worden war.

Heute ist klar, dass dieses Projekt im Fortgang der neoliberalen Globalisierung unwiderruflich gescheitert ist:

- Die von den entwickelten Industriestaaten bewusst betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die mit ihr einhergehende Internationalisierung der Arbeitsteilung hat die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten soweit entfesselt, dass sie nicht länger Sozialstaaten bleiben konnten, sondern „nationale Wettbewerbsstaaten“ (J. Hirsch) werden mussten. Deren Ziel aber ist die Schaffung und Garantie der jeweils bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ein transnational freigesetztes Kapital – auch und gerade um den Preis des Um- bzw. Rück- und Abbaus sozialstaatlicher Funktionen.
- Die durch die neuen Informationstechnologien ermöglichte Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer strukturellen Massenerwerbslosigkeit geführt, mit der die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden „Vollbeschäftigung“ – hinfällig geworden ist.
- In den Staaten des globalen Südens bedingt die strukturelle Massenerwerbslosigkeit das vollständige Scheitern nahezu sämtlicher Modelle „nachholender Entwicklung“. Diese Staaten konnten und können ihren Gesellschaften gar nicht erst die Möglichkeit einer Verallgemeinerung sozialstaatlich abgesicherter Lohnarbeit eröffnen. Die im Versuch der „nachholenden Entwicklung“ gleichwohl erfolgte Zerstörung traditioneller Subsistenz und die Konsequenzen des unwiderruflich vollzogenen Anschlusses an den Weltmarkt verschärfen die Krise in einer Verelendungsdynamik katastrophischen Ausmaßes.
- Im Norden wie im Süden führt das zu einer rapide wachsenden Massenarmut, wenigstens aber zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Viele prekär Beschäftigte sind mittlerweile auf den Status sog. „working poor“ herabgedrückt, deren Erwerbstätigkeit nicht mehr zur Bestreitung des Lebensunterhalts hinreicht. Weltweit sind deshalb Millionen Menschen gezwungen, sich ihre Möglichkeit des Überlebens in informellen Schattenökonomien zu suchen. Wiederum für Millionen kann selbst diese Möglichkeit nur noch durch Arbeitsmigration realisiert werden. Gleichzeitig wächst unterhalb der für die Informalität wie die Migration geltenden Lebensbedingungen die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs- und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Wo jede sozialstaatliche Absicherung und zuletzt noch die Solidarität traditionaler sozialer Netze fehlen, können diese Menschen nur noch auf die Unterstützungsleistungen karitativer oder humanitärer Organisationen zählen. Weil die Empfänger solcher Nothilfe keinen Rechtsanspruch auf Sicherung ihres Überlebens haben, sind sie noch dort fremder Willkür ausgeliefert, wo die Hilfe in bestmöglicher Form erbracht wird.
- Die Schattenökonomien gehen fließend in gewaltdurchherrschte Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Kriegs über. In immer mehr Gesellschaften wird die Bürgerkriegsökonomie zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion überhaupt. Hier ist eine Spirale in Gang gesetzt, die auf eine vollständige Zerstörung des Sozialen zielt: das Fehlen jeglicher Sicherheit verstärkt den Zwang zur aktiven Teilnahme an der Gewaltökonomie, treibt wiederum mehr Menschen in die vollständige Abhängigkeit von fremder Hilfe und lässt auch insofern die Migration zum letzten, selbst nicht mehr für alle zugänglichen Ausweg aus barbarischen Verhältnissen werden. Dass hier nicht von „Nebenerscheinungen“ oder „Auswüchsen“ einer ansonsten gelingenden Gesamtentwicklung, sondern von der maßgeblichen Tendenz des Globalisierungsprozesses die Rede ist, bestätigt jede Lektüre etwa der einschlägigen UNO-Dokumente.

Konfrontiert man sich unverstellt den Resultaten von drei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung, wird eine Schlussfolgerung unvermeidlich: die selbst in den entwickelten Industriegesellschaften zu keiner Zeit wirklich verallgemeinerte Lohnarbeit kann nicht länger als zentraler Zugang zu den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung gedacht werden. Zugleich muss eingeräumt werden, dass trotz des bloß propagandistischen Gehalts jeder Behauptung unumgänglicher „Sachzwänge“ eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen weder zu verteidigen noch gar auszubauen ist – es sei denn, man bekenne sich unumwunden zur strukturellen Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung von den Ressourcen des Überlebens. Für diese Schlussfolgerungen spricht dabei nicht allein die faktische Unmöglichkeit eines auf Vollbeschäftigung gegründeten nationalen Sozialstaats. Für sie spricht auch die von den sozialen Bewegungen des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts artikulierte Kritik an allen Formen dieses Staates, die selbst eine der Ursachen seines Scheiterns war und später von der neoliberalen Ideologie usurpiert wurde:

- Der de facto ja nur in den entwickelten Industriestaaten realisierte nationale Sozialstaat hatte und hat die asymmetrischen Herrschafts- und Machtverhältnisse der Weltwirtschaft zur systematischen Voraussetzung: das Versprechen der „nachholenden Entwicklung“ konnte in Wahrheit nie gehalten werden. Der nationale Sozialstaat war insofern ein Privileg der Gesellschaften des Nordens, das mit dem Ausschluss und der Ausbeutung der Gesellschaften des Südens erkaufte war.
- Auf primär männliche Lohnarbeit gestützt war der nationale Sozialstaat auch innerhalb der entwickelten Industriestaaten auf das unhaltbare Versprechen „nachholender Entwicklung“ – in diesem Fall des Einschlusses der Frauen in die „Vollbeschäftigung“ – gegründet. De facto war er systematisch an die Beschränkung jedenfalls einer großen Zahl von Frauen auf unbezahlte Reproduktionstätigkeiten und damit auf deren Abhängigkeit vom männlichen „Ernährer“ gebunden.
- Die Lohnarbeit selbst war zu keiner Zeit die allein denkbare oder gar allein wünschenswerte Form des „Lebensunterhalts“ – weder für die Individuen noch für deren gesellschaftliches Leben. Der auf sie gegründete nationale Sozialstaat war deshalb stets ein autoritärer Staat; dieser Charakter drückte sich auch in den bürokratischen Formen solidarischer Sicherung aus, die er allein auszubilden in der Lage war.
- Auch ökologisch gesehen haben sich sowohl die großindustrielle Massenproduktion wie der durch sie ermöglichte Massenkonsum als desaströse Weise der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens erwiesen. Von daher gilt es auch in der Perspektive einer wirklich nachhaltigen Entwicklung nach Alternativen jenseits von Lohnarbeit, Vollbeschäftigung und nationalem Sozialstaat zu suchen.

Im Rahmen dieses Thesenpapiers kann es schon deshalb nicht darum gehen, solche Alternativen als konkret umsetzbares Modell zu präsentieren, weil ihre konzeptionelle Ausgestaltung wesentlich die Sache der gesellschaftlichen Kräfte sein muss, die zu ihrer politischen Durchsetzung in der Lage sein werden. Im folgenden werden deshalb nur die elementaren Voraussetzungen einer entsprechenden Transformation des Globalisierungsprozesses genannt. Dass eine solche Transformation aber keine bloße Utopie noch ein abstraktes Ideal ist, lässt sich an dem Paradox ablesen, das den Kern der Globalisierung bildet: eine Dynamik bis dahin kaum für möglich gehaltener Verelendung und Entrechtung freigesetzt zu haben, während zugleich eine bis dahin ebenso wenig vorstellbare Steigerung des materiellen und symbolischen Reichtums erreicht wurde. Die gerade deshalb realpolitisch mögliche Umkehr der Perspektive hängt von daher allein an dem

politischen Willen, diesen Reichtum nicht länger als einen privaten, sondern als weltgesellschaftlichen Reichtum zu verwenden. In Erwägung folglich,

- dass die strukturelle Massenerwerbslosigkeit nur die Form ist, unter der die gesellschaftliche Arbeit im ausschließlichen Interesse bestmöglicher Kapitalverwertung verkürzt und umverteilt wird, kann eine Lösung der Krise nur durch die demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung erreicht werden. Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit – technologisch offensichtlich längst und im globalen Maßstab möglich – erfolgen dann nach der Maßgabe eines demokratisch auszuhandelnden weltgesellschaftlichen Interesses.
- dass die solidarische Sicherung der Teilhabe an der materiellen und symbolischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens nicht länger auf der Grundlage individueller Lohnarbeit in Vollbeschäftigungsperspektive möglich ist, muss die gesellschaftliche Garantie des Überlebens als unbedingtes Bürgerrecht eines jeden und einer jeden, genauer: als konkreter Inhalt der Bürgerschaft selbst gedacht werden.
- dass Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien gezwungen hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch und gerade an diese Entwicklung anknüpfen. Denn neben den gewaltdurchherrschten Sektoren der Informalität gibt es zahllose familiale oder kommunitäre Netze gegenseitiger Hilfe, die zum Teil sogar transnational operieren und dergestalt Erfahrungen bereitstellen, die für eine „Globalisierung von unten“ ebenso unverzichtbar sind wie die Erfahrungen, die in den Migrationsbewegungen gesammelt werden. Hinzuzurechnen ist hier der in den letzten Jahren im Norden wie im Süden rapide gewachsene Sektor der von parastaatlichen oder privaten Einrichtungen geleisteten sozialen Arbeit, der auch die humanitäre Hilfe einschließt. Nimmt man die primär auf gegenseitiger Hilfe basierenden Formen der informellen mit den gemeinwesenorientierten Formen der sozialen Arbeit zusammen, zeichnet sich das weite Feld einer solidarischen Ökonomie ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss. Die solidarische Sicherung des Überlebens würde so im Rahmen eines nicht-staatlichen Prozesses der gesellschaftlichen Selbstorganisation erreicht, der sich partizipativ, reziprok und subsidiär entfalten könnte, d.h. als Prozess direkter Demokratie.
- dass informelle wie soziale Arbeit gegenwärtig immer auch Teil und Resultat der Prekarisierung des gesellschaftlichen Lebens, der vor allem Frauen zugeteilten Mischformen von Arbeit und Fürsorge sowie der staatlich gedeckten Einführung von Formen der „workfare“ (Zwangsarbeit) sind, ist eine reale Demokratisierung der Arbeitsteilung notwendig an die gesellschaftliche Garantie eines ohne Gegenleistung zuzuteilenden Grundeinkommens (Bürger- bzw. Existenzgeld, sozialer Lohn, universelle Zuwendung etc.) gebunden. Dieses soll jeder Bürgerin und jedem Bürger am Ort des jeweiligen Aufenthalts die Teilhabe an den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens sichern. Allerdings garantiert auch ein bedingungslos zugeteiltes Grundeinkommen noch nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen, weil seine konkrete Höhe notwendig ein strategischer Einsatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein wird. So kann ein Bürgergeld zur Alimentierung einer Elendsbevölkerung, aber auch im oben entwickelten Sinn eingesetzt werden.
- dass im Prozess der Globalisierung nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form

einer Weltbürgerschaft durchgesetzt und garantiert werden. Horizont einer solchen Weltbürgerschaft ist nicht ein weder wünsch- noch realisierbarer „Weltstaat“, sondern der Globalisierungsprozess als real existierender universeller Zusammenhang. Weltbürgerschaft muss konkret bedeuten, jeden Menschen am Ort seines jeweiligen Aufenthalts zum Träger der dort geltenden staatsbürgerlichen und insbesondere sozialen Rechte zu machen.

Die Demokratisierung der Arbeitsteilung ist seit den ersten Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit im 19. Jahrhundert der Kern jeden Versuchs, die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger real durchzusetzen. Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung geht es darum, sie in globaler Dimension zu verwirklichen. Ihre elementaren Voraussetzungen müssen und werden real weder unmittelbar noch im Block eingefordert werden können. Ihre Aktualität liegt in jeder Forderung, die in realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen implizit auf sie tendiert, da beispielsweise, wo sich humanitäre Organisationen politisch darauf einigen, gemeinsam mit den Empfängern ihrer Dienste für einen universellen Rechtsanspruch auf Hilfe einzutreten. Gesellschaftliche Einrichtungen sind jederzeit Ausdruck und Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und deshalb immer und notwendig Resultat aktueller Kompromisse. Über die Reichweite, Tiefe und Nachhaltigkeit der Demokratie entscheidet immer nur der ihre Durchsetzung organisierende demokratische Prozess.

## **Roth: Der Sozialkahlschlag: Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten**

Von Karl Heinz Roth

### **Der aktuelle Umbruch in Deutschland**

Seit der berüchtigten „Agenda 2010“ der SPD-grünen-Regierung wird auch in Deutschland der Sozialstaat unwiderruflich geschleift. In allen seinen Funktionsbereichen findet eine pausenlos zugreifende und arbeitsteilig abgestimmte Demontage statt. Der Sozialkahlschlag konzentriert sich auf die Arbeitsmärkte, das Gesundheitswesen, den Bildungssektor, die Altersrenten und die Migrationspolitik.

Durch die so genannten Hartz-Reformen (Deregulierungspaket I – IV der Hartz-Kommission der Bundesregierung) ist auf den Arbeitsmärkten ein qualitativer Sprung eingeleitet worden, der weit reichende Folgen haben wird. Die auf abhängige Erwerbsarbeit Angewiesenen werden weitgehend entrechtet. Die Sozialfonds für Erwerbslose werden auf ein Minimum zusammengestrichen. Der Bezug der bisherigen Arbeitslosenhilfe wird auf das Niveau der Sozialhilfe zurückgeführt und mit dieser gleichgesetzt, und auf diese Weise nimmt das seit längerem verfolgte Projekt der Arbeitserzwingung konkrete Gestalt an. Das Ergebnis ist die massive Ausweitung des Sektors ungeschützter Arbeitsverhältnisse, die schon jetzt mehr als die Hälfte des gesamten Arbeitsvolumens ausmachen, und die endgültige Abkehr vom Modell der „Kernbelegschaften“. Auch in Deutschland hält die Arbeitsarmut Einzug. Auf die weitgehende Auflösung der Sozialfonds für Erwerbslose folgt die breite Einführung eines Niedriglohnssektors.

Das Gesundheitswesen wird auf allen Strukturebenen um ein Drittel demontiert und zugleich verteuert. Die Kranken sind seit Jahresbeginn mit weiteren Gebührensteigerungen konfrontiert, die auf mehreren Ebenen greifen. Auf diese Weise wird in allen Strukturbereichen die Privatisierung vorangetrieben. Die

Versicherungs- und Pharmakonzerne übernehmen die Regie und unterwerfen das Gut Gesundheit einer an der Rendite orientierten Rationierung.

Auch im Bildungssektor werden drastische Abbaumaßnahmen vorangetrieben. Parallel dazu werden vor allem finanziell greifende Zugangshürden errichtet. Die pluralistisch-demokratischen Strukturreste in Ausbildung und Forschung sind Makulatur geworden und werden auch hier von den Berufsschulen bis zu den Universitäten einer rasch um sich greifenden Privatisierungsoffensive geopfert. Unter dem zunehmenden Anpassungs- und Selektionsdruck wächst die Bereitschaft vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihre Denk- und Forschungsstrukturen der Scheinlogik der Märkte zu unterwerfen. Die Gefahr wächst, dass die in Jahrhunderten gewachsenen Fähigkeiten zur kritischen Systemreflexion über die Geschichte und Perspektiven der Gesellschaft beseitigt werden.

Inzwischen werden auch die Bezieher von Altersrenten in den Strudel der Sozialdemontage hineingezogen. Durch hinterhältige Eingriffe in die Leistungskataloge werden die Anwartschaftszeiten fortschreitend verlängert, die Anrechnungszeiten für die Berufsausbildung vollends gestrichen und die Zahlungen schrittweise auf unter 50 Prozent des vorher erzielten Arbeitseinkommens gedrückt. Auch aus diesem besonders sensiblen Kernbereich verabschiedet sich der Sozialstaat und öffnet dem Versicherungskapital durch die Liquidierung des Generationenvertrags und des Umlageverfahrens das Tor für den Zugriff auf die Ersparnisse der kleinen Leute.

Im Gegensatz zu diesen dramatischen Angriffen auf die soziale Sicherheit der Masse der Durchschnittsbevölkerung war die Marginalisierung der Migrantinnen und Migranten schon im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre vorangetrieben worden. Die Gesellschaft hat sich an den Skandal der Heimunterbringung, der Aufenthaltsbeschränkungen und der Abschiebeknäste für Flüchtlinge gewöhnt. Bekanntlich wird aber an den Minderheiten nur durchexerziert, was letztlich allen bevorsteht, und deshalb wird sich die Hinnahme dieser brutalen Ausgrenzungsmaßnahmen noch bitter rächen. Es ist jedenfalls ein bedrohliches Zeichen, dass selbst die Einführung beschränkter Immigrationsregulierungen unterbleibt,

Wenn wir diese Veränderungen in ihrem Zusammenwirken reflektieren, dann fällt die Zwischenbilanz bitter aus. Der Bruch mit dem sozialen Sicherungssystem findet jetzt auch zwischen Elbe und Oder statt, und dabei ist es kein Trost, dass der Sozialkahlschlag trotz seiner Vorentwicklungen seit den 1980er Jahren vergleichsweise spät zu greifen beginnt. Er hat bei der Masse der Löhne und Sozialeinkommen beziehenden Bevölkerung genau so wie bei den durch den Umbau des Bildungswesens betroffenen Jugendlichen eine tief greifende Desillusionierung und Verunsicherung ausgelöst, und es ist zum erstenmal wieder zu breiteren Protestaktionen gekommen. Es ist dringlich geworden, sich über die wahrscheinlichen Folgen dieses sozialen Umbruchs Klarheit zu verschaffen.

Die aktuelle arbeits- und sozialpolitische Entwicklung kann indessen erst in ihren internationalen Zusammenhängen richtig verstanden werden, und deshalb beginne ich mit einigen Überlegungen und Hypothesen über ihren globalen Kontext.

### **Der globale Kontext**

In Deutschland wird gegenwärtig im Eiltempo nachgeholt, was in den 1980er Jahren in den USA und Großbritannien unter Reagan und Thatcher begonnen hatte und in den 1990er Jahren in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz sowie in den meisten Schwellen- und Transformationsländern des kapitalistischen Weltsystems ausdifferenziert worden war. Dabei sind in der Taktik des Vorgehens zwar gewisse nationale Differenzierungen zu erkennen, die vor allem durch das unterschiedliche Ausmaß des Widerstands gegen den Sozialabbau bedingt sind. Durch sie werden

jedoch die identischen Grundlinien nicht in Frage gestellt. Weltweit ist eine Spirale der sozialpolitischen Demontage in Gang gekommen, die die bisherigen strukturellen Unterschiede zwischen Metropolen, Semiperipherie und Peripherie aus der Perspektive der arbeitenden Armen zunehmend verwischt. Zwar bestehen aufgrund der unterschiedlichen Lebensstandards zu Beginn des sozialen Angriffs auch heute noch erhebliche Unterschiede. Aber für die Obdachlosen und Flüchtlinge ist es nicht mehr so entscheidend, unter welchen Brückenpfeilern und in welchen Asylen sie dahinvegetieren.

Auch die deutsche Entwicklung ist Teil eines weltweiten Deregulierungskonzepts des Kapitals und seiner internationalen Institutionen, das nicht neoliberal, sondern neokonservativ und zutiefst reaktionär ist. Seit den 1980er Jahren erobern die Kapital- und Finanzgruppen die sozialstaatlichen Schalthebel. Sie verkehren die bisherige Richtung der Umverteilungsmechanismen zur Existenzsicherung der Schwachen in ihr Gegenteil. Gleichzeitig erzwingen sie in einem alle Nationalstaaten erfassenden Domino-Effekt eine massive Senkung der Steuereinnahmen. Während die Budgets für die Sozialeinkommen der Armen gedrosselt werden, erfahren die Etatposten für den Ausbau des Repressionsapparats – Polizei-, Gefängniswesen und Psychiatrie – einen rasanten Aufschwung. Die sozial ausgleichende „linke Hand“ der Staaten verkümmert zunehmend, und die Vordenker und Akteure des neokonservativen Umbaus betonen die Notwendigkeit einer „starken Rechten,“ um die sozialen Desintegrationsfolgen ihres Vorgehens vorbeugend unter Kontrolle zu bringen. Wer sich mit dem Elendsdasein eines arbeitenden Armen nicht abfinden will und in die kriminalisierten Sektoren der Schattenwirtschaft ausweicht, soll die Schlagkraft des abstrafenden Repressionsstaats zu spüren bekommen.

Dieser Umbau war und ist nur möglich, weil sich die in den parlamentarischen Repräsentationssystemen verankerten politischen Klassen aller Lager den Strategien und Verheißungen des neokonservativen Zugriffs unterworfen haben. Da sie sich selbst jedoch bei der Verabschiedung ihrer sozialpolitischen Gesetzes- und Verordnungspakete von den nachteiligen und existenziell verunsichernden Folgen ausnehmen, ist ihr Kotau mit folgenreichen kollektiven Korruptionerscheinungen verbunden. Die kollektive Selbstbevorzugung macht die politischen Klassen weithin sichtbar und löst bei denjenigen, die unter der von ihnen dekretierten sozialen Ungerechtigkeit zu leiden haben, Ressentiments und Hassgefühle aus. Dies führt mittelfristig zu einer Demontage der repräsentativ-demokratischen Systeme von innen heraus und kann gefährliche Folgen haben. Unter diesen Vorzeichen erleben wir nun auch in Deutschland – fünfzehn Jahre nach Frankreich und zehn Jahre nach Italien – die Selbsterstörung der Sozialdemokratie aller Varianten, wobei sich auch die PDS durch ihre Beteiligung an der Berliner Stadtregierung und deren Kapitulation vor den aus dem Kalten Krieg überkommenen Finanzspekulantenselbst das Grab geschaufelt hat. Aber auch in solchen Ländern, in denen wir es mit unbezweifelbar integren politischen Führungen zu tun haben wie beispielsweise in Brasilien, scheint es keine Handlungsräume für wirksame Gegeninitiativen mehr zu geben.

Die inneren Umwälzungen finden unter nicht weniger dramatischen äußeren Rahmenbedingungen statt. Sie sind in die Formierung eines neuen kollektiven Imperialismus eingebettet, der die Weltinstitutionen an die militärische Weltherrschaft der USA anpasst und sich in den strategischen Krisenzonen des Weltsystems mit Methoden festsetzt, die an den klassischen Kolonialismus erinnern. Trotz aller Rivalitäten unter den Großmächten scheint ein neues Netzwerk imperialistischer Herrschaft zu entstehen, das innere Gegensätze ständig ausgleicht und die gemeinsame Kontrolle über die strategischen Ressourcen sowie die Stagnations- und Depressionsgebiete des Weltsystems durchsetzt. Auch die Frage, in welchen Regionen als bedrohlich geltende Blockaden gegen die Ausweitung der Wertschöpfung gewaltsam beseitigt werden sollen, scheint trotz des jüngsten Alleingangs der angelsächsischen Kriegscoalition gegen den Irak letztlich kollektiv entschieden zu werden – im Rahmen „ultra-imperialistischer“ Abstimmungsverfahren, wie sie Karl Kautsky ausgerechnet 1915/16, auf dem

Höhepunkt eines zerstörerischen Hegemonialkampfes der Großmächte, vorausgesehen hatte.

### **Die Ziele des neokonservativen Projekts und die Folgen der Zerstörung des bisherigen sozialstaatlichen Klassenkompromisses**

Der innere Sozialkahlschlag und die veränderten äußeren Weichenstellungen zur Regulierung des kapitalistischen Weltsystems sind zweifellos zwei Seiten einer Medaille. Auf der Grundlage weltweit verschärfter und zugleich kollektiv-gewalttätig abgesicherter Ausbeutungsverhältnisse soll ein neues Akkumulationsregime durchgesetzt werden. Es unterscheidet sich vom vorausgegangenen Zyklus vor allem dadurch, dass es die Vollbeschäftigungsmaxime und das Massenkonsumversprechen des keynesianisch-fordistischen Zeitalters durch ein System der strategischen Unterbeschäftigung ersetzt. Weltweit soll zu Spottpreisen eine wirtschaftliche Reservearmee verfügbar gemacht werden, und weltweit werden die sich vergrößernden unverwertbaren Segmente der Massenarmut auf neue Weise ausgegrenzt und eingefriedet. Die postkoloniale Bewegungsfreiheit der transkontinentalen Massenmigrationen wird wieder aufgehoben. Die von den Migrantinnen und Migranten erkämpfte Freizügigkeit stößt inzwischen überall auf der Welt auf elektronische Grenzzäune und auf weithin sichtbare Mauern. Diese Monumente einer neuen Ausschließungskultur demonstrieren auf drastische Weise, dass die Annahme, die ungezügelte Mobilität des Kapitalverkehrs würde auch eine „neo-liberale“ Freizügigkeit der Menschen hervorbringen, eine Illusion war. Nicht nur in dieser Hinsicht hat sich der so genannte Neo-Liberalismus als kompromisslos menschenfeindlicher Neo-Konservatismus entlarvt, der immer unverhüllt auf autoritäre Herrschaftsmechanismen zurückgreift.

Zusätzlich soll dieses neu dimensionierte äußere Wachstumsmodell langfristig durch eine innere Expansionsdynamik gesichert werden. Durch diesen Weg in das Innere der Gesellschaften unterscheidet sich das gegenwärtige Akkumulationsregime am weitesten von seinen Vorläufern. Denn seine Planer und Vordenker sind sich der Tatsache bewusst, dass die letzten noch verbliebenen äußeren Wachstumsquellen – vor allem die Rekonstruktionszone in Ostmitteleuropa und der gigantische *late comer* China – in zehn bis fünfzehn Jahren erschöpft sein werden. Dann hat das kapitalistische Weltsystem endgültig einen Zustand erreicht, in dem es sich die lebenden und toten Schätze dieser Erde restlos einverleibt hat. Es ist an seine äußeren Grenzen gestoßen, und damit entfällt eine der entscheidenden Voraussetzungen seiner geschichtlichen Dynamik. Da aber der Expansionsdruck einer „endlosen Kapitalakkumulation“ (Immanuel Wallerstein) das Wesen des Weltsystems ausmacht, wäre es zum Untergang verurteilt, wenn ihm der Umschlag zu einer nach innen zurückschlagenden Dynamik nicht gelingen sollte. Hier sehe ich die entscheidende Ursache für die gnadenlose Härte, mit der die Planungs- und Aktionszentren des Kapitalismus sich gegenwärtig die bisherigen „allgemeinen Produktionsbedingungen“ des Wachstums – gesellschaftliche Reproduktionssphären, soziale Sicherungssysteme, Infrastrukturen und Bildungswesen – aneignen.

Nun hat der Kapitalismus auch bei der Strukturierung der nationalstaatlichen „Volkswirtschaften“ schon immer eine entscheidende Rolle gespielt. Aber der jetzige Umbruch signalisiert eine neue Qualität des Zugriffs. Im Dienst der inneren Expansion wird die „Agenda 2010“ die „Kommodifizierung“ der Gesellschaft auf eine qualitativ neue Stufe heben, indem im Dienst der nach innen umschlagenden Kapitalexpansion jetzt allgemeine Alltagsbedürfnisse – Bildung, Gesundheit, Alterssicherung usw. – hemmungslos privatisiert und unter das Diktat der Rendite gestellt werden. Der Kapitalismus weitet seine Kontrolle über den Produktions- und Verteilungssektor auf die Gesellschaft aus und macht sie sich tributpflichtig. Er wandelt sich zu einem Kapitalismus der Gebühren und Dienstleistungsrenditen, die er von Millionen kleiner Einkommensbezieher eintreibt. Ein solches Akkumulationsmodell wäre den Heroen des industriellen Kapitalismus selbst in ihren wildesten Träumen nicht eingefallen.

Für die Mehrheit der Gesellschaft ist dieser Aufbruch des Kapitals „nach innen“ außerordentlich folgenreich. Alle, die ihre Arbeitskraft vermieten müssen, um leben zu können, geraten in allgemein ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Als neue Form der „Vollbeschäftigung“ entsteht ein breiter Niedriglohnsektor. Um ihr Dasein zu fristen, müssen immer mehr Menschen ihren Arbeitsalltag nacheinander auf drei oder vier miserable Jobs verteilen. Ihre Arbeitszeiten steigen dramatisch, während ihre Einkommen sinken. Sie sind zur Arbeitsarmut bis ans Lebensende verurteilt. Wer hätte es vor 20 Jahren für möglich gehalten, dass angesichts der rasanten Produktivkraftentwicklung der Kampf für den Achtstundentag und ein freies Wochenende jemals wieder zu einem Hauptanliegen der Assoziation der Ausgebeuteten werden könnte?

Als besonders folgenreich werden sich die Eingriffe in das Bildungs- und Wissenschaftssystem erweisen. Es entstehen neue Zugangsbarrieren auf allen Ebenen. Wissenschaftliche Qualifikationen werden sich nur noch die Kinder der einkommensstarken Gewinner des neokoneservativen Umbruchs aneignen können. Mit dieser „elitären“ Neuorientierung wird die Marginalisierung des selbstkritischen gesellschaftlichen Reflexionsvermögens einhergehen. Je stärker sich diese Tendenz durchsetzt, desto höher wird der Preis sein, den die Gesellschaften für ihren Rückfall in den Obskurantismus vor-aufklärerischer Marktvergötzung und analphabetisierter Ressentiments zu zahlen haben.

Ein weiterer Schritt zu Dehumanisierung des gesellschaftlichen Lebens wird durch die Beschränkung des Zugangs zu den Ressourcen des Gesundheitswesens eingeleitet. Wer kein ausreichendes Einkommen hat, um den Wechselfällen einer schweren Erkrankung zu begegnen, wird seine gesamten Ersparnisse in die Waagschale werfen oder auf die Errungenschaften der neuen – und kostspieligen – Gesundheitstechnologie verzichten müssen. Auf diese Weise wird eine alte und bittere Parole wieder belebt: Weil Du arm bist, musst Du früher sterben.

So erzeugt der nach innen expandierende Kapitalismus eine neue Massenarmut. War es ihm im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts gelungen, durch das Ingangsetzen der Industrialisierung die „gefährlichen Klassen“ der Eigentumslosen in Arbeiterklasse und Subproletariat aufzuspalten, so hat er heute, 200 Jahre später, damit begonnen, den umgekehrten Weg einzuschlagen. Die Arbeitsproduktivität seiner Produktions- und Verteilungssysteme ist heute derart angewachsen, dass zur Erzeugung immer größerer Gütermengen immer weniger lebendige Arbeit benötigt wird. Zugleich ist der Kapitalismus dazu übergegangen, dort zu produzieren, wo die Arbeitskosten weltweit am geringsten sind. Deshalb tritt seine „Globalisierung“ zunehmend im Gewand einer De-Industrialisierung der klassischen Akkumulationszentren in Erscheinung, und die von den Propagandisten des Kapitals verhöhnte Marxsche Verelendungstheorie realisiert sich unter umgekehrten Vorzeichen. Die Massenarmut kehrt im Prozess der D-Industrialisierung in die Metropolen zurück, und dabei scheint auch ihre historische Spaltung in Arbeiterklasse und Subproletariat rückgängig gemacht zu werden. So betreten die „classes dangereuses“ wieder die historische Bühne.

Den Denkfabriken des Kapitals ist diese Tendenz nicht verborgen geblieben. Schon in den 1980er Jahren sind die herrschenden Klassen der USA dazu übergegangen, die Massenarmut vorbeugend zu filtern und ihre potentiell gefährlichen Elemente hinter immer höheren Gefängnismauern wegzuschließen. Im neuen Gulag-System der USA sind inzwischen 2,2 Millionen Menschen interniert, und weitere 7,8 Millionen unterliegen der Justizaufsicht, das heißt sie können bei der geringsten Unangepasstheit wieder inhaftiert werden. Diesem Trend sind die EU-Länder bislang nur begrenzt gefolgt. In Deutschland und Italien ist statt dessen eine weniger auffällige Technik der Ruhigstellung der Ausgegrenzten und Gestrandeten in Gang gekommen. Sie werden entmündigt, psychiatrisiert und anschließend von den gemeindepsychiatrischen Zentren kontrolliert und medikamentös ruhig gestellt. Ihre Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Sicher hätten es sich die Väter

und Mütter der italienischen und deutschen Psychiatriereform nicht träumen lassen, dass ihre in bester Absicht betriebenen Initiativen zur Auflösung der großen Verwahranstalten und zur Durchsetzung einer humaneren Gemeindepsychiatrie auf derart zynische Weise instrumentalisiert werden könnten.

Wo man derartig mit der „hausgemacht“ entstehenden Massenarmut umgeht, haben die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten ohnehin keine Chance. In einem weit gesicherten europäischen beziehungsweise zentralamerikanischen Vorfeld – der „Schengener Grenze“ und dem neuen Grenzregime im Süden der USA – werden sie inzwischen vor dem Zutritt abgefangen. Soweit sie nicht umgehend deportiert werden, wird die Bewegungsfreiheit der Zugewanderten drastisch beschnitten. Gleichzeitig wird der erneuerte kollektive Kolonialismus die Menschen der Peripherie auf ihren Subkontinenten wieder einfrieden. Wie dies im einzelnen geschehen soll, wurde im Irakkrieg durchexerziert. Während des Golfkriegs von 1990/91 waren unter den unfreien Migrationsarbeitern der Golfstaaten und den irakischen Minderheiten noch Massenfluchten ausgelöst worden. Im vergangenen Jahr sorgten die angelsächsischen Expeditionstruppen dagegen in einem makabren Zusammenspiel mit den irakischen Verwaltungsbükratien dafür, dass Massenfluchten unterblieben.

Alles in allem haben wir ein Projekt zur Polarisierung und Re-Proletarisierung w der Weltgesellschaft vor uns, die zum Spielball einer neuen Spirale der „endlosen Kapitalakkumulation“ geworden ist. Dieser Umbruch erfolgt nicht spontan, sondern wird durch die Herrschaftszentren des Weltsystems vorangetrieben. Jedoch ist es ziemlich wahrscheinlich, dass sie in absehbarer Zeit die Kontrolle über ihn verlieren, und dass das Weltsystem auf eine chaotische Transformationsperspektive zusteuert, deren Ergebnis völlig ungewiss ist.

Wie unsicher sich die Akteure selbst über den Ausgang ihrer Transformationsinitiative sind, bezeugt der Aufwand, den sie betreiben, um ihre Vorgehensweise medial, sprachlich und ideologisch abzusichern. Die Reaktion definiert sich als „Reform“, aus den Entmündigungsgesetzen werden „Betreuungsgesetze“, und in Zeiten steigender Massenerwerbslosigkeit werden die neuen Instrumente zur Arbeitserzwingung als „aktivierende Sozialpolitik“ verharmlost. Im Dienst dieser semantischen Umdeutungen werden die Medien zum wichtigsten Scharnier zwischen den herrschenden Kapitalgruppen, den Entscheidungsträgern der großen Transformation, und den politischen Klassen als ihren Erfüllungsgehilfen. Tag für Tag produzieren und reproduzieren die Medien semantische Verdrehungen und visualisierte Lügen, um eine zweite, rein virtuelle Realität hervorzubringen, welche die katastrophalen Folgen des Restaurationsprozesses in Erfolgsberichte ummünzt. Wer nur im Reich dieser virtuellen zweiten Wirklichkeit zu Hause ist, kann keine Erfahrungen mehr sammeln und keine sozialen Lernprozesse mehr mitgestalten, weil er von seinen Mitmenschen isoliert ist und die Wirklichkeit der harten sozioökonomischen Tatsachen nicht mehr wahrnimmt. Diese beiden Funktionen erklären die Macht der Medien: Sie haben die politischen Klassen einzugemeinden und bei den Objekten der Restauration alle gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen, die elementaren Voraussetzungen für soziale Lernprozesse, vorbeugend zu zerstören. Dank der Medien ist der Kapitalismus in Dimensionen der „Gouvernementalität“ (Michel Foucault) hineingewachsen, vor denen die Herrschaftsinstrumente der voraufgegangenen Akkumulationszyklen verblassen. Er hat begonnen, die langen Dauern des Mentalitätswandels zu manipulieren und zu verkürzen, indem er die bislang mit ihnen verknüpft gewesenen gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhänge beseitigt.

### **Gegenperspektiven**

Wie könnten die Umriss einer Gegenperspektive aussehen, die die Entschiedenheit zum Widerstand mit Vorstellungen über eine humane und sozial gerechte Welt

verbindet? Über diese Frage ist inzwischen weltweit eine breite Diskussion in Gang gekommen, und sie beginnt immer deutlichere Konturen anzunehmen.

Im Rahmen dieses Beitrags kann ich nur auf einige Aspekte verweisen, die mir besonders wichtig erscheinen. Ich werde abschließend einige Hypothesen über die elementaren Voraussetzungen eines neuen emanzipatorischen Aufbruchs, über die Offenheit der aktuellen Situation und über erste mögliche Handlungsansätze formulieren.

#### *Die vier Voraussetzungen eines Gegenprogramms*

Ansatzpunkte zu realistischen Gegenprogrammen und aussichtsreichen Handlungsmöglichkeiten gibt es meines Erachtens nur noch in einer internationalen Perspektive. Die Nationalstaaten und die aus ihnen hervorgegangenen übernationalen Blockbildungen (EU, NAFTA usw.) sind der neokonservativen Radikalisierung des kapitalistischen Weltsystems nicht mehr gewachsen. Die Gegenperspektive sollte sich vor allem nicht in Block-Konzepte einbinden lassen, denn dann würde sie nur Teil eines vielleicht noch gefährlicheren Umschlags des globalisierten Netzwerkkapitalismus in katastrophale innerimperialistische Machtkonflikte.

Zum zweiten bin ich davon überzeugt, dass die Eroberung der politischen Macht kein Weg mehr ist, der zum emanzipatorischen Ziel hinführt. Die „traditionellen anti-systemischen Bewegungen“ (Immanuel Wallerstein) der Arbeiterbewegung wollten die gesellschaftliche Befreiung über den Staat in Gang bringen und vollenden. Dieses Projekt ist gescheitert. Aus dem Untergang des so genannten Realsozialismus können wir nur noch lernen, vor welchen strategischen Fehlentscheidungen wir uns hüten sollten. Auch aus dieser Perspektive sind der Nationalstaat und die durch ihn begründeten Blockbildungen für uns kein Adressat mehr.

Aussichtsreich erscheint mir deshalb nur noch ein breites soziales Bündnis, das von den SubproletarierInnen der neuen Massenarmut über die ungesichert Beschäftigten und die industrielle Arbeiterklasse bis zu den selbständigen Arbeiterinnen und Arbeitern alle Verlierer des Umbruchs einbezieht, also zwei Drittel bis drei Viertel der Gesellschaft. Es gibt keine „zentrale Arbeiterklasse“ mehr. In jedem Standort werden andere Segmente des neuen Proletariats überwiegen, in den Schwellenländern sicher auch einmal die Belegschaften großer Industriebetriebe. Aber aus der Gesamtperspektive lässt sich keine Priorität für eine spezifische Schicht – seien es Erwerbslose, Jobber, Scheinselbständige oder Industriearbeiterinnen und –arbeiter – mehr festlegen. Vielleicht hat die Festlegung der historischen Arbeiterbewegung auf jene Klassensegmente, die aus zumeist männlichen freien Lohnarbeitern bestanden – beispielsweise die Facharbeiter oder die Massenarbeiter des Fordismus –, schon immer ihre Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten unnötig eingeengt.

Das Klassenbündnis aller derjenigen, die ihre Arbeitskraft vermieten oder Sozialeinkommen beziehen müssen, um leben zu können, ist viertens nur auf der Grundlage gemeinsamer Rahmenbedingungen und Vereinbarungen möglich. Seine entscheidende Voraussetzung aber ist und bleibt die konsequente innere Demokratie. Ich halte diese Hypothese für besonders wichtig, und deshalb möchte ich sie etwas näher erläutern:

a) Nur in basisdemokratischen Strukturen lässt sich die elementare Forderung nach sozialer und politischer Gleichheit jenseits von Klasse, Geschlecht und Ethnizität dauerhaft verwirklichen. Mit dieser Grundforderung nehmen wir zugleich die Ziele vorweg, auf die sich eine Gegenperspektive verständigen sollte: Keine Macht für niemand – kein Eigentum für niemand – kulturelle Gleichberechtigung aller Heterogenen.

b) Auf allen Ebenen des sich organisierenden Gegenprojekts sollte ein konsequentes Delegations- und Rotationsprinzip durchgesetzt werden, um die Entstehung neuer abgehobener Funktionärsschichten von vornherein zu vermeiden. Diese Forderung erscheint banal. Aber wer sich nicht erst seit gestern für emanzipatorische gesellschaftliche Perspektiven engagiert, weiss, wie wichtig eine schon im Vorfeld des Neubeginns getroffene Verabredung über diese Frage ist.

c) Das Bündnis hat nur dann eine Perspektive, wenn die inneren Strukturen seiner Partner und Teilnehmer demokratisiert werden. Deshalb sollten auf mittlere Sicht bei allen Bündnispartnern basisdemokratische Strukturen geschaffen werden. Beispielsweise ist es sehr zu begrüßen, dass einzelne DGB-Gewerkschaften inzwischen auf die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen Wert legen. Für die Vertiefung zum Bündnis wären jedoch einige Voraussetzungen zu klären, die keineswegs auf die lange Bank geschoben werden können. So wären die extrem hohen Gehälter der Gewerkschaftsspitzen auf ein vertretbares Niveau zu senken. Sicher würde die Mehrheit dieser Spitzengruppe daraufhin kündigen, aber dies wäre nur zu begrüßen, weil sie qua Einkommen und Habitus nicht einer Gegenperspektive zuneigen, sondern im Innersten der politischen Klasse der Deregulierer angehören. Darüber hinaus sollten sich die Gewerkschaften von den Knebelungen des Betriebsverfassungsgesetzes – Stichwort: Aufsichtsratsmandate – und von der Mitbestimmung verabschieden, nachdem die Kapitalseite den historischen Kompromiss von 1944 längst informell aufgekündigt hat.

In allen diesen Fragen sollten wir uns keinen Illusionen hingeben und nichts auf die lange Bank schieben. Auch die linken Gewerkschaftsgruppen sollten sich einmal darüber Rechenschaft ablegen, inwieweit sie von den Gewerkschaftszentralen nur deshalb toleriert werden, weil sie einen für das Image unverzichtbaren Rest von Basis-Aktivismus aufrecht erhalten. Letztlich werden sie aber nur nützliche Idioten bleiben und immer auf der Stelle treten, solange sie nicht die Frage nach der innergewerkschaftlichen Demokratie auf die Tagesordnung setzen. Solange sind auch sie für die Masse der Beschäftigten unglauwbüdig und werden zwischen der skeptischen Zurückhaltung der Belegschaften und der Blockadepolitik der Gewerkschaftsleitungen zerrieben.

#### *Die Offenheit einer emanzipatorischen Perspektive*

Wir sind Teil eines seit über 500 Jahren bestehenden Systems, das sich gegenwärtig in einem gravierenden Umbruch befindet, ohne dass sich dabei irgendwelche historische „Gesetzmäßigkeiten“ ausfindig machen ließen, von denen wir ableiten könnten, wohin die Reise gehen wird. Es ist völlig unklar, ob die als „Deregulierung“ bezeichnete Umlenkung der Kapitalakkumulation in das Innere der gesellschaftlichen Reproduktion wirklich gelingt, denn dies würde zur Zerstörung jeglicher Gesellschaftlichkeit führen. Genau so unsicher sind die Chancen des Widerstands und einer darauf aufbauenden Gegenperspektive. Selbst eine globale soziale Konfrontation ist denkbar, bei der sich keine der beiden zentralen Konfliktparteien durchsetzt, so dass aus der sich dann ergebenden Patt-Situation eine völlig neue Gesellschaftsformation hervorgehen könnte, die weder etwas mit den Restaurationsvorstellungen der kapitalistischen Denkfabriken noch mit unseren sozialistischen Erneuerungshoffnungen zu tun hat. Die Richtung, die der Umbruch nehmen wird, ist deshalb völlig offen. Gewiss wird der Widerstand gegen das seit Ende der siebziger Jahre vorangetriebene neokonservative Projekt Massencharakter annehmen, denn das ihm innewohnende Programm grundsätzlicher sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist für die große Mehrheit der Menschheit unerträglich. Der Ausgang der Konfrontation ist jedoch völlig offen: So offen, wie er es in der Großen Depression der 1930er Jahre war. Damals waren Faschismus und zweiter Weltkrieg das traurige Ergebnis. Heute sind chaotische Zustände wahrscheinlicher, die sich unterhalb der Ebene weltweiter militärischer Konfrontationen abspielen und in 20 bis 30 Jahren zu einer wie auch immer gewandelten komplexen Gesellschaftsformation überleiten.

Auf jeden Fall bewegen wir uns auf ein Chaos zu. In dieser Phase der Instabilität können auch kleinere Initiativen große Wirkungen erzielen, wie Immanuel Wallerstein in seiner „Utopistik“ betont hat. Wenn wir uns klar machen, dass ein Durchbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit keineswegs gesetzmäßig ist; wenn wir also die Falle der sich von selbst gesetzmäßig verwirklichenden „Utopie“ umgehen und mit einem möglichst großen Maß an Skepsis vorgehen, haben wir noch am ehesten die Chance, etwas zu bewirken. Gleichzeitig bewahren wir uns vor allzu großen Desillusionierungen.

#### *Umriss einer neuen Vermittlung zwischen konkretem Handeln und Gegenperspektive*

Bei jedem handlungsorientierten Ansatz wäre vom jeweiligen lokalen „Standort“ auszugehen, wo es handlungsbereite Menschen gibt und ihre Assoziation zu einem Bündnis gegen den Sozialkahlschlag möglich ist. Denn das vernetzte kapitalistische Weltsystem besteht heute aus 700-800 Standorten plus jeweiligem Hinterland. Wenn wir uns in diesen Standorten verankern, befinden wir uns innerhalb der entscheidenden Nervenzentren des Weltsystems, von denen aus die Weltinstitutionen, supranationalen Machtblöcke und Nationalstaaten dirigiert werden.

Je nach der sozialen Zusammensetzung der Standorte könnten im Prozess des Aufbaus der ersten Kommunikationsnetze spezifische Aktionsformen entwickelt und erprobt werden. Generell denkbar wären Initiativen zur Durchsetzung eines existenzsichernden Mindestlohns, von radikaler Arbeitszeitverkürzung und betrieblicher Demokratisierung. In unseren Breiten könnte man hier an die Erfahrungen der Jobber- und Erwerbslosenbewegungen der 1980er Jahre anknüpfen, aber auch an die Praxis der neuen italienischen und französischen Basisgewerkschaften; die hiesige Gewerkschaftslinker könnte hier ihren Platz finden, falls das Projekt der innergewerkschaftlichen Demokratisierung misslingen sollte. Dass in vielen Schwellenländern ganz andere Voraussetzungen bestehen und beispielsweise die in den *maquiladores* ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter eine wesentliche Rolle spielen werden, versteht sich von selbst.

Parallel zu diesen Aktivitäten in der Produktions- und Verteilungssphäre könnten Stadtteilbüros gegründet werden, in denen die vom Sozialkahlschlag Betroffenen beraten werden, zugleich aber auch selbstorganisierte Netze der sozialen Kommunikation (lokale Radios und TV-Stationen) und der sozialen Aneignung aufbauen. Diese soziale Aneignung könnte man konkret – Gebührenboykott – , aber auch perspektivisch verstehen: Die Sozialfonds, Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen sollten in kommunale Selbstverwaltung zurückgeholt werden, bevor sie vollends geplündert sind. Auch hier gibt es inzwischen erste Erfahrungen, beispielsweise aus Berlin und Ostdeutschland.

Wie aber könnten derartige lokale Initiativen miteinander in Kontakt treten? Als Brücke zwischen der lokalen Verortung und der weltweiten Vernetzung mit anderen Standort-Bewegungen könnten vor allem die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten fungieren. Sie sind überall als kleinere oder größere Sozialgruppen präsent, und es dürfte nicht schwer fallen, ihre ohnehin schon bestehenden Kommunikationsstrukturen in das Gegenprojekt einzubeziehen, sofern sie an den jeweiligen Standorten geschützt und als gleichwertige Partner respektiert werden. Wenn es gelingt, beispielsweise die reichen Bremer Erfahrungen in der antirassistischen Flüchtlingsarbeit in eine lokal oder regional vernetzte Selbstorganisation einzubringen, dann wäre dies ein exemplarischer Schritt, der vielleicht auch andernorts vollzogen werden könnte. Mittelfristig sollte aber auch die Gründung global agierender Basisgewerkschaften – vor allem im Transport- und Kommunikationssektor – hinzukommen.

Von großer Bedeutung wäre es nun, diese drei Komponenten eines *social movement unionism* auf der jeweiligen Ebene einer lokalen beziehungsweise regionalen Agglomeration miteinander zu verknüpfen und parallel dazu durch die

Netzwerke der MigrantInnen und Flüchtlinge, aber auch durch den Auf- und Ausbau internationaler Transportarbeitergewerkschaften den globalen Kontext herzustellen.

Zu einem glaubwürdigen Gegenprojekt gehören aber auch Überlegungen und Vereinbarungen darüber, wie eine sozial gerechte und egalitäre Welt in ihrem globalen Kontext durchzusetzen wäre. Zweifellos kann eine ernsthafte Alternative gegen die neokonservative Zurichtung der Welt nur aus ihren lokalen und durch die MigrantInnen und Transport- und Kommunikationsarbeiter vernetzten Gegenbewegungen hervorgehen. Aber diese Einsicht macht die seit einigen Jahren forcierten Bemühungen um weltweite Gegenforen und die in diesen Kontexten beispielsweise bei „attac“ entstandenen Modelle für globale Alternativen nicht gegenstandslos. Sie sollten allerdings über ihre punktuellen Ansätze (Tobin-Steuer) hinaus getrieben und systematisiert werden. Ein Schritt dazu wäre die Auflistung der wichtigsten Probleme, die nur noch auf Weltebene gelöst werden können, und das Nachdenken über mögliche Strukturen zur Umsetzung. Hier muss ich mich mit ein paar schlagwortartigen Hinweisen begnügen.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört zweifellos eine sofortige weltweite Abrüstung und die Auflösung aller Armeen. Parallel dazu müssten die internationalen Finanzmärkte liquidiert und ein globales monetäres Restrukturierungsprogramm mit transkontinental egalisierender Tendenz aufgelegt werden. Darüber sollte jedoch nicht die Dringlichkeit der Überleitung des Know how der internationalen Rohstoffkonzerne und Energiekartelle zur Ingangsetzung eines egalisierenden und zugleich ökologisch orientierten Weltenregieprogramms übersehen werden. Von großer Bedeutung wäre auch die Entmachtung des internationalen Agro-Business und die Entwicklung eines egalisierenden globalen Agrarprogramms. Dass auch die Oligopole und Kartelle der Informations- und Medientechnologie durch global greifende Technologieprojekte mit egalisierender Tendenz zu ersetzen wären, versteht sich von selbst. Innerhalb der Internet- und Linux-Kultur gibt es ja durchaus Ansätze in diese Richtung. Das ist eine sehr unvollkommene Liste, die lediglich die Bedeutung dieser Reflexionsebene unterstreichen soll.

Auf welcher institutionellen Ebene sollte man aber ansetzen? Ich denke, dass es sich lohnen würde, jene Weltinstitutionen zu studieren, die in den letzten Jahren des zweiten Weltkriegs von den Alliierten geschaffen wurden. Zweifellos sind sie in der Folgezeit durch den Kalten Krieg und bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen der Drei Kontinente bis zur Unkenntlichkeit deformiert sowie in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur Initiierung der „Schocktherapien“ des globalen Sozialkollaps missbraucht worden. Wenn wir davon aber abstrahieren und uns diese Modelle – vor allem IMF, Weltbank und Vereinte Nationen – in ihrer ursprünglichen Konzeption ansehen, dann erscheinen sie als durchaus brauchbare Ausgangspunkte: Als Ausgangspunkte wohlgerichtet, die durch eine kollektive Repräsentation der global vernetzten Alternative demokratisiert und in Instrumente einer weltweit greifenden sozialen und wirtschaftlichen Egalisierung umgewandelt werden müssen. Sie könnten dann als Dachkonstruktion eines föderativ-egalitären Projekts angesehen werden, das den Globus umspannt und das immer stärker zur Barbarei tendierende neokonservative Projekt beendet.

### **Schlussbemerkung**

Das alles sind nur erste Überlegungen. Jedoch sprechen gewichtige Annahmen dafür, dass es drei wesentliche Elemente sein werden, die geeignet sein könnten, eine realistische Gegenperspektive mit Leben zu füllen: Erstens die Maulwürfe der sozialen Gegenbewegungen in den Agglomerationen, zweitens die Netzwerke der MigrantInnen sowie die AktivistInnen einer weltweit agierenden gewerkschaftlichen Basisbewegung, und drittens die „organischen Intellektuellen“, die in diesen Netzwerken verankert sind und auf den globalen Gegen-Foren über die Wege zu einer sozial gerechten und egalitären Welt nachdenken.

In diesem Sinn sollten wir gemeinsam an die Arbeit gehen – skeptisch und vorsichtig, aber auch im Vertrauen darauf, dass eine Wende zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit grundsätzlich möglich ist.